Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung



Unsere Welt



Kundgebung zur Ernährungssouveränität während des Vorbereitungstreffens des Weltfrauenmarsches am 19. Oktober 2008 in Vigo, Galicien. Foto C. Locat

Demokratische Republik Kongo

Der Fluch des Coltans

Die Provinzen im Osten der Demokratischen Republik Kongo kommen nicht zur Ruhe. Eine Erkundung an den Ufern des Kivu-Sees.

Von Paul Linder

Noch eine Zeitlang hält Gregor die Maschine im Blick. Eine Cessna. Es könnte eine von denen sein, mit denen sie aus Nachbarstaaten Waffen einschmuggeln. Und wieso eigentlich nicht, spöttelt er sarkastisch. Ja, wer sollte sie schon aufhalten? Nützlich wären hier AWACS-Überwachungsflugzeuge. Die aber will keiner einsetzen. Dabei könnte mit ihrer Hilfe der gesamte Luftraum der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) kontrolliert werden. Und es wäre möglich, zumindest einen Teil des illegalen Rüstungsimports zu verhindern.

Also, warum setzt sie der Westen nicht ein? Warum agiert er in dem immer noch umkämpften Gebiet «irgendwie ungeschickt und ungenau», wie Gregor und Sylvia meinen. Sie vertreten hier die Deutsche Welthungerhilfe (DW) und wissen aus Erfahrung, dass dem Westen mehr an den wertvollen Rohstoffen liegt als an der Stabilität des Landes. So war es immer.

Die Schweiz Afrikas...

Der Feldweg führt vom Kivu-See weg mitten durch sattes Grün. Einst wurde der Osten des Kongos und die gesamte Grosse-Seen-Region von den Europäern als «Schweiz Afrikas» bezeichnet. Mildes Klima, Berge und Hügel, die vielfältige Flora erinnern an eine Alpenlandschaft. Die Schweiz Afrikas also – manches Mal fällt Gregor der zu Kolonialzeiten geprägte Be-

griff ein, wenn er von einem Projekt zum anderen fährt, und er wird zornig angesichts des Elends und der Armut.

Ständige Unsicherheit

Als Manager der Hilfsorganisation betreut er im östlichen Kongo einige Vorhaben. Er erzählt: «Wir bauen Strassen und Schulen. Wir helfen in der Landwirtschaft, verteilen Saatgut und engagieren uns bei der medizinischen Betreuung.» Aber es sei schwer, etwas zu schaffen und «den Leuten physische und psychische Sicherheit zu geben», meint er und ergänzt: «...verdammt schwer, wenn all die Bemühungen binnen kurzer Zeit von einer Rakete, Granate oder einer Maschinengewehrsalve zunichte gemacht werden können.»

Im Osten der DR Kongo dauert der bewaffnete Konflikt bis heute an. Er endete nicht mit dem offiziellen Abschluss des «afrikanischen Weltkrieges», wie das Schlachten im Ostkongo zwischen 1998 und 2003 von der damaligen US-Aussenministerin Madeleine Albright genannt wurde. Millionen Menschen starben damals, als verschiedene Rebellengruppen, aber auch reguläre Truppen aus den Nachbarstaaten Ruanda, Burundi und Uganda ihr Unwesen trieben. Es war die Zeit der offenen Verteilungskämpfe um die riesigen, wertvollen Bodenschätze, die in den Ostprovinzen des Kongos lockten. Und weiter locken. Weder mit dem brüchigen Waffenstillstandsabkommen 2003 noch den ersten mehr oder weniger «demokratischen Wahlen» 2006

nach über 40 Jahren gingen die Kämpfe zu Ende.

«Von den Wahlen, die von bewaffneten EU-Verbänden geschützt wurden, haben sich die Menschen viel versprochen. Doch die Hoffnungen wurden schnell zu einer grossen Enttäuschung», sagt Gregor. Er weiss, wovon er spricht. Er lebt seit über zehn Jahren hier. Wirtschaft und Infrastruktur in der Gegend sind weitgehend zerstört. Das Land liegt am Boden, trotz der Reichtümer, die sich in der Erde befinden. Der Kampf um Macht und Einfluss, um Land, Claims, Minengebiete nahm fürchterliche Ausmasse an. Korruption wurde ebenso zum Alltag wie die Gewalt.

Eine alte Nähmaschine

In einem kleinen, grob verputzten Raum sitzen ein paar Frauen, die sich um einen Holztisch gruppiert haben. Sylvia - eine französische Familienpsychologin, die für die Hungerhilfe tätig ist - tritt ein, grüsst höflich. Die Frauen ähneln sich irgendwie, so der Eindruck, und das nicht so sehr von ihrem Aussehen her. Sie wirken ähnlich still, distanziert, die Gesichter versteinert, aus der kargen Mimik lässt sich nichts ablesen. Ihr Schicksal verbindet sie. Und irgendwie eint sie der Schmerz und das Leid. Einige zerbeulte Geländewagen kamen ins Dorf, erfahre ich. Bewaffnete junge Leute, Jugendliche oder gar Kinder darunter, sprangen von den Ladeflächen. Mit wildem Geschrei, herumfuchtelnd mit Waffen. Sie beschimpften die Bewohner, beschuldigten sie, sie hätten mit den falschen Leuten sympathisiert und eine gegnerische paramilitärische Fortsetzung auf Seite 2

Unsere Welt

Schweizerische Friedensbewegung Postfach 2113, 4001 Basel 33. Jahrgang
Nr. 1 – 2010
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

2
3
4
5
6
7
8

Marche mondiale des femmes

Solidarität mit den Frauen von Kivu

Die dritte internationale Aktion der Marche mondiale des femmes (MMF) dauert vom 8. März, dem Internationalen Tag der Frauen bis zum 17. Oktober, dem internationalen Tag der Bekämpfung der Armut. Zum Abschluss werden in einer grossen internationalen Solidaritätsaktion vom 13. – 17. Oktober die Frauen der Region Süd-Kivu in der DR Kongo unterstützt. Wir haben darüber mit Michèle Spieler gesprochen, europäische Delegierte im internationalen Komitee der MMF 2010. Die Fragen stellte Monika Moser-Waser.

Wieso wurde dieses Projekt ausgewählt?

Vor 5 Jahren fand die Schlussveranstaltung der MMF in Burkina Faso statt. Die MMF hatte damals eines der ärmsten Länder der Welt als Ziel der weltweiten Karawane gewählt. Für die diesjährige Internationale Aktion sollte es ein von Konflikten heimgesuchtes Gebiet sein, um den Fokus auf das Aktionsfeld «Frieden und Entmilitarisierung» zu legen. An einem Internationalen Treffen 2008 in Vigo (Galizien), an dem 148 Frauen aus 48 Ländern und Territorien teilnahmen, luden uns die Delegierten der Demokratischen Republik Kongo ein, die Abschlussveranstaltung im Oktober in der Provinz Süd-Kivu durchzuführen. In Kivu gehören auch nach der Beendigung des offiziellen Konflikts Gewaltakte gegen Frauen und Mädchen weiterhin zur Tagesordnung. Mit der Aktion in Bukavu und den weltweit gleichzeitig stattfindenden Solidaritätsaktionen, wollen die Frauen der MMF ein Zeichen setzen gegen die sexualisierte Gewalt in Konflikten und den wichtigen Beitrag von Frauen nicht nur bei der Errichtung eines dauerhaften Friedens, sondern auch in der Gesellschaft allgemein unterstreichen.

Um was geht es bei diesem Konflikt?

Die Hintergründe des Konflikts sind sehr komplex. Meist wird nur über sogenannt ethnische Konflikte gesprochen. Damit wird oft verschleiert, dass es handfeste ökonomische Interessen gibt, die eine wichtige Rol-Fortsetzung auf Seite 2

Gefährliche Patrioten

Kennen Sie Radek Sikorski? Er war führendes Mitglied der Neo-Con «Denkfabrik» namens American Enterprise Institute und Direktor der New Atlantic Initiative. Er gehört somit zum engsten Kreis der neo-konservativen Clique um Bush und Cheney. Er unterstützt die militärische Einkreisung Russlands und plädiert dafür, so viele ehemalige Warschauer Pakt Staaten wie möglich in die NATO aufzunehmen.

Wissen Sie was eine Patriot Rakete ist? Sie wurde entwickelt um einen US-Atomraketen-Erstschlag zu ermöglichen und wird im US Militärjargon als missing link, als «fehlendes Verbindungsglied» zu einem Erstschlag bezeichnet. Es handelt sich um eine Abfangrakete welche die Raketen eines Gegenschlages so früh als möglich zerstören soll.

Wer Obama ist, wissen Sie. Er erklärte im September 2009, auf die noch unter Bush vom Pentagon geplante Stationierung von modernen Raketensystemen und Überwachungsanlagen in Polen und Tschechien zu verzichten. Also doch etwas «Hope» auf Entspannung und Frieden? Bush ist schliesslich nicht mehr Präsident.

Aber das Pentagon ist immer noch das Pentagon und der obgenannte Radek Sikorski ist heute polnischer Aussenminister. Washington hat sich dieser Tage mit Polen geeinigt, nahe der russischen Grenze eine Patriot-Raketenstellung zum «Schutze Europas» einzurichten. Baubeginn April 2010. Ebenfalls dieser Tage hat der rumänische Präsident Basescu die Zustimmung zur Stationierung von Patriot-Raketen in Rumänien abgegeben.

Dies ist das erste Mal in der Geschichte, dass eine Macht über das nukleare Primat verfügt, nämlich die Fähigkeit zu einem (vermeintlich) erfolgreichen nuklearen Erstschlag.

Die weltweite Friedensbewegung ist nötiger denn je, bitte unterstützen Sie aktiv unseren Kampf für Frieden und Abrüstung.

Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PostFinance Konto 40-1627-7

Ruedi Moser, Sekretär SFB

Unsere Welt 2 März 2010



Fortsetzung von Seite $\it 1$

Gruppe unterstützt. Die nackte Gewalt der Stärkeren, weil mit Waffen ausgerüsteten, übernahm die Kontrolle. Das Ende des Dorflebens, das Ende vieler Leben, der Beginn fürchterlicher Traumata vor allem für die Frauen.

Verbrannte Hütten, zerstörte Häuser, Tote. Und Vergewaltigungen, Verstümmelungen, Vertreibungen. Viele Kinder wurden zur Zwangsarbeit in die Minen oder zum Training in militärische Camps verschleppt. Dort wurden aus ihnen Killer gemacht, durch Terror und Gehirnwäsche.

Sylvia erzählt nun, dass den oft von ihren Kindern getrennten Frauen als Opfern von Gewalt und ethnischer Diskriminierung vor allem psychische Unterstützung zukommt. Und: «Wir ermöglichen, dass sie lesen und schreiben lernen, dass sie eine Ausbildung erhalten.» Zum Beispiel als Schneiderin: Mitten im Raum auf dem umlagerten Tisch steht eine alte Singer-Nähmaschine. Doch die Gesichter der Frauen bleiben wie sie waren. Undurchdringlich, dunkel wie ein vulkanischer Stein. Ihre Geschichte ist gekoppelt an die des Landes – eine Geschichte von Unterdrückung, Erniedrigung, Leid und Schmerz.

Unter Fremdherrschaft

Seit dem siebzehnten Jahrhundert wurde das Land, in dem vorher eines der grössten Königreiche Afrikas existierte, systematisch ausgebeutet; erst kamen die Portugiesen, dann Holländer und Briten. Von der Berliner Konferenz 1884/85 an herrschten die belgischen Monarchisten und deren Regierungen mit Brutalität und offenem Terror. Die Wende kam mit der Unabhängigkeit und den ersten demokratischen Wahlen 1960. Patrice Lumumba, der charismatische Führer des kongolesischen Widerstands gegen die Fremdherrschaft, wurde Ministerpräsident – und blieb dem Westen ein Dorn im Auge.

Den USA ebenso wie den ehemaligen europäischen Herrschern blieb er suspekt, erst recht, als er öffentlich Brüssel für die Verbrechen in der Kolonialzeit kritisierte. Unter belgischem Kommando und mit Wissen von Baudouin I., des Königs von Belgien, wurde der Hoffnungsträger des Kongo und vieler afrikanischer Unabhängigkeitsbewegungen im Januar 1961 ermordet. Es folgte bald die Herrschaft von Joseph Mobutu, der unterstützt unter anderem von Washington, Paris und Brüssel - später von George Bush sen. als «mein verehrter Freund» bezeichnet wurde. Über 40 Jahre hielt sich der Despot in dem Land, das er 1971 zu «Zaire» umgetauft hatte. Er starb 1997 im marokkanischen Exil. Nachfolger wurde Laurent-Désiré Kabila, der 2001 einem Attentat zum Opfer fiel. Sein Sohn Joseph regiert seitdem und wurde auch bei den unter internationaler Kontrolle durchgeführten, mit vielen Fragenzeichen versehenen Wahlen als

Präsident bestätigt. Im Osten des Landes, vor allem in der Provinz Nord-Kivu, dauern die erbitterten Kämpfe zwischen der kongolesischen Armee, der Mai-Mai-Miliz und den Rebellenverbänden aus Ruanda bis heute an. Der kongolesischen Armee wurde lange Zeit vorgeworfen, mit Hutu-Gruppierungen zusammenzuarbeiten, die 1994 in den ruandischen Völkermord verwickelt waren. Tatsächlich beanspruchen Rebellen aus Ruanda und Uganda einen Zugang zu den Ressourcen im Grenzgebiet der Demokratischen Republik Kongo. Sie finanzieren ihren Kampf durch den illegalen Abbau und Handel vor allem von Gold und Coltan, kaufen Waffen bei internationalen Händlerringen. Gerade Coltan gilt als besonders begehrtes Erz, das in der Elektroindustrie der hochindustrialisierten Staaten zum Bau von Handys sowie in der Weltraumtechnologie benötigt wird. Die DR Kongo besitzt 70

Prozent des gesamten Weltvorkommens an Coltan. Doch bis heute scheint der «Schatz» eher ein Fluch zu sein als ein Segen für das Land.

Die Blauhelmtruppe der UNO (MONUC), die mit etwa 18 000 Soldaten das weltweit grösste Kontingent darstellt, hat bisher kaum etwas zur Beendigung des Konflikts beigetragen. «In den Städten der Region sind Armee und MONUC präsent, doch wer in die ländlichen Gebiete zieht, stösst unweigerlich auf Paramilitärs und oft sogar auf Kinder, die mit Kalaschnikows bewaffnet sind und einen im besten Fall nur ausrauben wollen», meint Gregor.

«Noch bis vor kurzem verfügten die Friedenstruppen nicht einmal über mit Nachtsichtgeräten ausgestattete Hubschrauber. Die UNO war nachts blind.» Angesichts der Grösse des Landes sei die Zahl der Soldaten gering. Auch «wegen ihrer schlechten Vorbereitung und Ausrüstung ist die MONUC-Mission fast zum Scheitern verdammt. Es ist kein Geheimnis, dass die Blauhelme in ihren Aktionen oft verspätet und unkoordiniert sind; um einen Befehl zu bestätigen muss man nicht selten mit New York telefonieren. Das kostet Zeit, Zeit, die vielleicht die Opfer nicht mehr ha-

Die Streitkräfte der DR Kongo werden derweil von der EU «modernisiert», wie es heisst. Das geschieht im Rahmen der «Beratungs- und Unterstützungsmission» EUSEC. Brüssels Militärberater, darunter auch Bundeswehrpersonal, lenken und kontrollieren die «Reformen». Es würden neue Waffengattungen ebenso wie administrative Strukturen angestrebt, heisst es. Man sammelt Waffen ein und kontrolliert die Auszahlung des Solds. Auch würde Minderjährigen geholfen, Schulen zu besuchen, um zu verhindern, dass diese ziellos durchs Land zögen und von Paramilitärs rekrutiert würden.

«Das ist immer noch zu wenig. Es sollte viel mehr sein. Aber ein stabiler Kongo ist wohl nur eine Fata Morgana», meint Gregor. «Über all die Jahre, die ich hier verbracht habe», sei ihm klar geworden, dass es «vor allem um die wertvollen Ressourcen ginge» – besonders dem Westen.

Quelle: junge Welt/Tlaxcala. Von UW gekürzt.

Frauendemo in Bern am 13. März 2010

Gleichstellung jetzt!

Der schweizerische Gewerkschaftsbund, Marche Mondiale des femmes und über 40 weitere Frauenorganisationen, Parteien und soziale Organisationen rufen gemeinsam zur grossen Kundgebung am 13. März in Bern auf.

Von Corinne Schärer

Gemeinsam sind wir stark und können etwas bewegen – Frauen, solidarische Männer, Kinder, Kolleginnen und Kollegen vom Arbeitsplatz, Schweizerinnen und Schweizer, Migrantinnen und Migranten gehen zusammen nach Bern um laut und deutlich, farbenfroh und fantasievoll «Her mit der Gleichstellung – her mit dem schönen Leben» einzufordern.

Lohngleichheit jetzt

Seit 29 Jahren ist die Gleichstellung in der schweizerischen Verfassung verankert. Und trotzdem gibt es immer noch tiefe Frauenlöhne in der Reinigung, dem Gastgewerbe, dem Verkauf und auch in der Nahrungsmittelindustrie. Der Lohnunterschied zwischen den Löhnen von Frauen und Männern ist weiterhin gross und beträgt durchschnittlich rund 19 Prozent. Zum ersten Mal hat sich dieser Lohnunterschied in den letzten Jahren sogar noch vergrössert! Am 13. März wollen wir darum in Bern lautstark verlangen, dass das Gleichstellungsgesetz endlich umgesetzt wird.

Frauen bezahlen diese Krise nicht

Mit der Krise steigt die Unsicherheit um den Arbeitsplatz und der Druck auf die Arbeitnehmenden und die Löhne. Es droht besonders, dass die Arbeitsbedingungen von Frauen und die weit verbreitete Teilzeitarbeit verschlechtert werden. Dies bedeutet Arbeitslosigkeit oder noch mehr Arbeit auf Abruf und Arbeit im Stundenlohn. Damit wissen die Frauen nie, wie viel sie im Monat verdienen und wie sie mit ihrem geringen Einkommen auskommen sollen. Auch darum gehen wir am 13. März nach Bern, weil wir gemeinsam verhindern wollen, dass die Frauen die Wirtschaftskrise bezahlen müssen.

Krippenplätze statt Boni

Die Wirtschaftskrise wird noch verschärft durch den drohenden Sozial-

abbau: das Rentenalter der Frauen soll mit der 11. AHV-Revision erhöht und die Leistungen bei der Arbeitslosenversicherung verschlechtert werden. Dazu kommt, dass es immer noch einem Hürdenlauf gleicht, Beruf und Familie zu vereinbaren. Es fehlen in der ganzen Schweiz Tausende von Plätzen in Krippen und Tagesschulen. Und nur wenige Arbeitgeber ermöglichen die Abstimmung der Arbeitszeiten und Ferien mit den Öffnungs- und Schliessungszeiten von Betreuungseinrichtungen. Dies alles während die Manager weiterhin Boni kassieren.

Bildung, Wasser, Frieden

Rund um die Welt kämpfen Frauen und Mädchen um Zugang zu den elementarsten Bedürfnissen im Leben: Wasser, Nahrung, Bildung und Gesundheitsversorgung. Auch dafür gehen wir am 13. März gemeinsam nach Bern, denn nur wenn auch alle Frauen und Mädchen Zugang zu öffentlichen Gütern haben und sich versorgen können, ist unsere Welt eine soziale und friedliche Welt. Wir wollen auch das langjährige und wichtige Engagement von Frauen für die Entmilitarisierung und für den Frieden bekräftigen. Ob im Schweizer Kleiderschrank, durch Kriegsmaterialausfuhr oder Waffenhandel - Waffen verhindern einen echten Frieden in der ganzen Welt und bedrohen unschuldige Menschen.

Globale Aktion

Vom 8. März bis 17. Oktober 2010 findet der 3. Internationale Marche mondiale des femmes statt (siehe Interview S. 1). Auch in der Schweiz, im Herzen Europas, wollen wir uns zahlreich und überzeugt am Marche Mondiale des femmes beteiligen. Darum alle farbenfroh und lautstark am 13. März nach Bern!

Corinne Schärer ist Gewerkschaftssekretärin Unia und Grossrätin der Grünen. Sie stellt sich am 28. März 2010 auf der Liste 4 im Wahlkreis Stadt Bern zur Wiederwahl.

Weltfrauenmarsch... Forts. von Seite 1 le spielen. Die Region Kivu verfügt beispielsweise über für die Mobiltelefonindustrie wichtige Mineralvorkommen. Generell ist das Gebiet reich an natürlichen Ressourcen und verfügt über eine grosse Biodiversität. Um deren Kontrolle geht es in diesem Konflikt, aber auch um den Profit der Rüstungsindustrie und der privaten Sicherheitsfirmen.

Wie zeigen die Frauen der MMF ihre Solidarität? Was ist in Süd-kiwu geplant? Und was können wir sonst noch tun?

Durch die geplante Aktion sind der Konflikt und die Situation der Frauen in der Region Kivu für viele Frauenorganisationen zu einem wichtigen Thema geworden. Vielerorts setzen sich Aktivistinnen damit auseinander, was die Rolle ihres Staates, der in ihren Ländern ansässigen Firmen in diesem Konflikt ist. Im Verlauf der nächsten Monate werden zahlreiche Veranstaltungen stattfinden, in denen diesen Fragen nachgegangen wird und in denen auch nach Handlungsmöglichkeiten gerade für Frauen in Europa gesucht wird.

Es ist geplant, dass sich im Oktober in Bukavu über 500 Frauen treffen, vorwiegend aus Afrika, aber mit Delegierten aus der ganzen Welt, vor allem aus anderen konfliktbetroffenen Ländern und Territorien. Es soll ein Mahnmal für die Opfer sexualisierter Gewalt errichtet werden, und zwar an einer Stelle, an der Frauen während des Konflikts lebendig begraben worden sind. Als Zeichen für ein Wiederaufblühen der Region wird ein kleiner Wald angepflanzt. Es wird Diskussionsforen zu den vier Aktionsfeldern der MMF sowie einen Markt zur Ernährungssouveränität und kulturelle Veranstaltungen geben. Abgeschlossen wird die Aktion mit einem Friedensmarsch.

In vielen Ländern wird es gleichzeitig Solidaritätsaktionen geben. Solidarität und Erinnern sind für die Frauen in Kivu sehr wichtig, wie sie selber sagen: «Remémorer c'est une manière de surmonter les mauvais souvenirs et la culpabilité qui assombrit la vie des survivantes. »

Ich stelle mir vor, dass es sehr schwierig ist für die Frauen dort, das alles vorzubereiten. Ist das ganze Vorhaben nicht auch gefährlich?

In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Aktion natürlich ganz wesentlich von jener 2000 in New York, aber auch 2005 in Ouagadougou. Die Sicherheit vor allem der Organisatorinnen – vor, während und nach der Aktion – ist zentral. Diese Frauen sind aber nicht erst mit der MMF zu Aktivistinnen geworden. Die MMF kann

ihnen aber etwas mehr Sichtbarkeit verschaffen, die sie sich wünschen, ihrer Stimme in vielen Ländern Gehör verschaffen. Die kongolesischen Organisatorinnen erhoffen sich, dass die Aktion den Frauen in Kivu auch Mut gibt.

Eine der Forderungen der Frauen dieser Region ist der Abzug der UNO-Friedenstruppen,. Wieso das?

1999 wurde eine sogenannte Stabilisierungsmission der UNO für den Kongo beschlossen. Eigentlich sind solche Missionen nur für eine Übergangszeit gedacht, doch die MONUC ist nun schon seit über 10 Jahren im Kivu, ohne den erhofften dauerhaften Frieden bringen zu können. Die Präsenz der UNO hat ökonomische Auswirkungen: Die Preise sind, seid die Truppen in der Region stationiert sind, enorm angestiegen. Das Jahresbudget der MONUC ist mehr als anderthalb mal so hoch wie der Staatshaushalt der gesamten DRK. Die Frauen in Kivu sind überzeugt, dass ein dauerhafter Frieden nur über den Weg der Demilitarisierung zu erreichen ist. Und dazu gehört auch, den Abzug der UNO-Truppen vorzubereiten oder in einem ersten Schritt zumindest darüber zu diskutieren.

Mehr Infos auf der Webseite des MMF: www.marchemondiale.ch



Unsere Welt 3 März 2010



Die Wäscherei von Van-Bostanici dient auch als Treffpunkt und Ausbildungsstätte. Sie konnte dank der Unterstützung des Vereins Städtepartnerschaft Basel-Van gebaut werden. (Foto: Anne-Lise Hilty)

KurdInnen in der Türkei - ein Augenschein

Menschen suchen Lösungen

Eine Delegation des Vereins Städtepartnerschaft Basel-Van (s. Kasten) besuchte Anfang Oktober 2009 die kurdischen Gebiete im Südosten der Türkei und konnte sich vor Ort überzeugen, dass die beiden vom Verein unterstützten Projekte auf gutem Weg sind. Die vielen Gespräche mit Politikern, Anwältinnen und VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften vermittelten allerdings ein düsteres Bild der politischen Situation. Der türkische Zentralstaat ist noch weit von demokratischen Gepflogenheiten und der Respektierung der Menschenrechte entfernt.

Von Anne-Lise Hilty und Martin Flückiger

Als der Anwalt Bekir Kaya nach den Wahlen im März 2009 das Amt des Bürgermeisters in Van übernahm, stand er vor schier unlösbaren Problemen, einer leeren Gemeindekasse und einem enormen Schuldenberg. Sein Vorgänger, ein Mann der regierenden AKP, hatte sich weniger um einen ausgeglichenen Staatshaushalt, als viel mehr um die Bedienung seiner Klientel gekümmert. Entsprechend hohe Erwartungen setzen die Bewohner-Innen der Stadt an der Ostgrenze der Türkei in den Vertreter der kurdischen Partei der Demokratischen Gesellschaft (DTP), die der AKP im Frühjahr 2009 eine Wahlschlappe verpass-

Binnenflüchtlinge aus zerstörten Dörfern

Viele der BewohnerInnen Vans stammen aus den Dörfern in den kurdischen Provinzen, die das türkische Militär in den neunziger Jahren systematisch zerstört hatte. In kürzester Zeit entstanden an den Rändern der grösseren Städte wie Van, die nicht auf diesen enormen Zustrom vorbereitet waren, neue Ouartiere mit bis heute vollkommen unzureichender Infrastruktur. Diese müsste mit den Steuern finanziert werden, die der Zentralstaat erhebt und den Gemeinden gemäss ihrer Bevölkerungszahl zuteilt. In Van wurden 2007 aber bloss 312'000 Personen gezählt, während real über eine halbe Million hier leben. Die Vorenthaltung von Geldern ist nur eine von zahlreichen Schikanen und Repressionen der türkischen Regierung gegen die kurdische Bevölkerung.

Repression

Drei Wochen nach den Wahlen im März 2009 wurden rund 200 DTP-Mitglieder verhaftet, darunter viele Kaderleute. Von den 180 Mitgliedern des Zentralvorstands der DTP sitzen 80 im Gefängnis. Inzwischen ist die Zahl der Verhafteten auf über 400 angestiegen. Unter den Verhafteten befindet sich auch Gülcihan Simsek, die Initiantin des Wäscherei-Projekts in Van-Bostanici (s. Kasten). In keinem Fall ist bisher Anklage erhoben worden, noch durften die Anwältinnen und Anwälte die Akten einsehen. Ende 2009 wurde die DTP, wie viele Gesprächspartner im Herbst befürchtet hatten, verboten.

Die Repression richtet sich auch gegen Kinder. Das Anti-Terror-Gesetz erlaubt es, Kinder bereits ab 14 Jahren wie Erwachsene abzuurteilen, mit Strafen bis zu 20 Jahren Gefängnis. Sie landen in den gleichen Strafvollzugsanstalten wie die Erwachsenen. Die Anwältin Reyhan Yalcindag schätzt, dass rund 500 Kinder inhaftiert sind und gegen 1000 weitere ein Verfahren läuft. Die «Delikte» sind banal. Den Kindern wird beispielsweise vorgeworfen, an einer Kundgebung der DTP teilgenommen, Ordnungskräfte mit dem «Victory-Zeichen» provoziert oder einen Stein gegen einen Panzerwagen geworfen zu haben.

Viele Amtspersonen werden mit Strafverfahren überhäuft. Der Bürgermeister Abdullah Demirbas des Zentrums von Diyarbakir, der kurdischen «Hauptstadt», sieht sich mit Strafanträgen von insgesamt 98 Jahren Haft konfrontiert. Es reicht schon, amtliche Dokumente ins Kurdische übersetzen zu lassen, um ein Verfahren zu riskieren.

Die Folgen dieser systematischen Behinderung kurdischer Politikerinnen und Politiker sind verheerend. Vor allem junge Menschen wenden sich enttäuscht von der Politik ab und schliessen sich der Guerilla an. «Wir wollen nicht in die Berge gehen, wir wollen politische Lösungen», sagte Abdullah Demirbas, «aber der Zentralstaat lässt uns ja nicht politisieren.» Inzwischen wurde auch der Bürgermeister verhaftet.

Spaltungsversuch der Regierung

Diese dauernden Repressionen lassen die Schritte des türkischen Ministerpräsidenten Tayyip Erdogan, der im Sommer 2009 das Gespräch mit der DTP suchte, in einem ganz anderen Licht erscheinen. In der hiesigen Presse waren sie hoffnungsfroh als Öffnung gepriesen worden. Tatsächlich hatte noch nie zuvor ein türkischer Ministerpräsident mit den «Separatisten» gesprochen. Aber die Regierung machte bisher keinerlei Anstalten, auch nur kleinste konkrete Zeichen zu setzen, erklärte der türkische DTP-Abgeordnete Akin Birdal. Weder sei sie beispielsweise bereit, die Schriftzüge auf den kurdischen Bergen «Glücklich ist, wer sich Türke nennen darf» zu entfernen, geschweige denn die militärischen Helikopterflüge über kurdischem Gebiet einzustellen oder die Militärstützpunkte aufzuheben. Und die Verhafteten DTP-Mitglieder sind nun teilweise bereits seit fast einem Jahr in Haft. Die grosse Mehrheit der GesprächspartnerInnen der Delegation sieht in Erdogans «Öffnung» bestenfalls ein weiteres Versprechen seitens der Regierung, das – wie so viele zuvor – bald vergessen sein würde. Viele vermuten jedoch, es sei in erster Linie ein Versuch, die KurdInnen zu spalten.

Partizipation

Die Menschen suchen Lösungen. Die Bevölkerung in Van erinnerte ihren Bürgermeister Bekir Kaya nach dem Amtsantritt beharrlich an seine Wahlversprechen, an geplante Quartierzentren, Kanalisation und sonstige Infrastruktur. Sie war auch nicht gewillt, vor leeren Staatskassen zu kapitulieren, auf die er hinweisen musste. Statt dessen bot sie tatkräftige Hilfe an. Die Quartiere mobilisieren beispielsweise Arbeitskräfte oder kaufen die Rohre für die Kanalisation, während die Gemeinde die Planung übernimmt und Baumaschinen zur Verfügung stellt. Neu wurden Quartierräte gebildet, die die dringendsten Probleme auflisten und Prioritäten setzen müssen.

Kaya, der die Quartiere regelmässig besucht, lud die Delegation ein, ihn zu begleiten. Die Fahrt führte auf staubigen Strassen durch schier endlose Siedlungen mit unfertigen Häusern, durchsetzt mit Obstgärten, Feldern und Abfallhalden. Immer wieder wur-

Verein Städtepartnerschaft Basel-Van

Der Verein Städtepartnerschaft Basel-Van wurde im Jahre 2000 von KurdInnen, TürkInnen und SchweizerInnen in Basel gegründet mit dem Ziel, über die politische, kulturelle, soziale und ökonomische Situation der kurdischen Bevölkerung zu informieren und zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen beizutragen. Von Anfang an unterstützte der Verein eine Teppichweberei in Van, wo junge Frauen – meistens Binnenflüchtlinge – nicht nur arbeiten und damit ihre Familien unterstützen, sondern auch die Schule besuchen können.

2006 ersuchte die Bürgermeisterin Gülcihan Simsek von Van-Bostanici, einem Vorort von Van, den Verein um Unterstützung für ein Wäscherei-Projekt. Hier sollten die Frauen, mehrheitlich ebenfalls Binnenflüchtlinge, einerseits ihre Wäsche waschen können. Anderseits sollte die Wäscherei als Treffpunkt und Ausbildungsstätte dienen. Dank der massgeblichen Unterstützung des Vereins ist sie seit Herbst 2008 in Betrieb und wird rege genutzt, wie die Delegation des Vereins anlässlich ihres Besuchs im Herbst 2009 feststellen konnte.

Verein Städtepartnerschaft Basel-Van, Postfach 225, 4005 Basel, PC-Konto 40-740064-7, www.basel-van.ch

de der Bürgermeister angehalten. Geduldig hörte er sich die Sorgen der Leute an. Auf einem Stück Ödland voller Abfall zeigte er dem Besuch den Ort, wo ein Park und ein Quartierzentrum entstehen sollen. Vans partizipatives Modell, aus der Not geboren, trägt Früchte. «Dieses Quartier mit rund 30'000 Bewohnerinnen und Bewohnern ist sehr initiativ. Wir haben die Planung gemacht. Die Leute haben bereits 5000 Meter Kanalisation gebaut.»

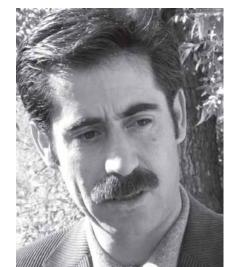
Solidarität

Auch die oft gepriesene Öffnung wird nicht von der Regierung umgesetzt, sondern von vielen engagierten Menschen. Als die DTP – wie x ihrer Vorgängerparteien – verboten wurde, war ihre Nachfolgerin, die Partei für Frieden und Demokratie (BDP), schon vorbereitet. Zahlreiche türkische Intellektuelle traten der neuen Partei öffentlich bei und manifestierten so ihre Solidarität.

Gewerkschaften wie die Erziehungsgewerkschaft Egitim Sen setzen sich für die KurdInnen ein und fordern beispielsweise die Anerkennung der kurdischen Sprache. Am mesopotamischen Sozialforum in Diyarbakir traf die Delegation unter anderem Vertreter des Gewerkschaftsverbands DISK. Dieser fordert eine friedliche Lösung der Kurdenfrage. Von der Regierung verlangt er konkrete Schritte wie eine Landreform, die Entminung des Gebiets und wirtschaftliche Entwicklung. Die linke Partei ISP wiederum verzichtet bewusst auf eigene Aktivitäten in der kurdischen Region und arbeitet eng mit der DTP beziehungsweise ihrer Nachfolgerin BDP zusammen.

Gemeinsamer Arbeitskampf

In den letzten Monaten sind Arbeiterinnen und Arbeiter des Tabakkonzerns TEKEL in den Streik getreten. Vor rund zwei Jahren verkaufte



Bekir Kaya, der Bürgermeister von Van, setzt angesichts der leeren Staatskasse auf Partizipation. Zusammen mit der Bevölkerung kann die Gemeinde Kanalisation und Quartierzentren bauen. (Foto: Kaspar Birkhäuser)

der türkische Staat den Betrieb an den britisch-amerikanischen Tabakkonzern BAT. Einzig die weniger rentablen Lager- und Produktionsstätten des Konzerns blieben in staatlicher Hand und wurden geschlossen. Die rund 12'000 Arbeitnehmenden sollen ihre festen Anstellungen verlieren. Der türkische Staat bietet ihnen nur unsichere saisonale Arbeitsverhältnisse an ohne jegliche gesamtarbeitsvertragliche Regelung. Unter anderem gibt es dann keine Krankenversicherung, keinen Mutterschaftsurlaub, keine Lohngarantie, keine Ferienansprüche und keine gewerkschaftlichen Rechte mehr. Dagegen ist die Mehrheit der Arbeitnehmenden, aus allen Regionen und Bevölkerungsgruppen der Türkei stammend, in den Streik getreten, teilweise verknüpft mit Hungerstreik. Viele von ihnen protestieren in Ankara in Zelten und finden die Sympathie grosser Teile der Bevölkerung. Auch hier kämpfen KurdInnen und TürkInnen Seite an Seite für ihre Rechte.



In den neunziger Jahren zerstörte das türkische Militär Tausende kurdischer Dörfer. Die BewohnerInnen flohen in die Städte. Noch heute fehlt es an Infrastruktur in den neuen Quartieren Vans. (Foto: Kaspar Birkhäuser)

Unsere Welt 4 März 2010

Gespräch mit dem Botschafter Venezuelas in der Schweiz

Mit eigenen Rezepten

Seit 2009 ist der Botschafterposten der Bolivarischen Republik Venezuela in der Schweiz wieder besetzt. Botschafter César Osvelio Méndez González ist in unsern Breitengraden kein Unbekannter: Während fünf Jahren wirkte der 60jährige Diplomat zuvor erfolgreich als Generalkonsul Venezuelas in Frankfurt und mischte dort die «Schweizer Strasse» mit kulturellen Veranstaltungen auf.

Von Martin Schwander

Als ältester Sohn einer zwölfköpfigen Arbeiterfamilie ist Botschafter Méndez González in der bergigen Gegend von Trujillo in sehr ärmlichen sozialen Verhältnissen aufgewachsen. «Wie Tausende anderer Familien in unserer Situation hatten wir nicht viel zum Leben, doch wurden uns Kindern sehr wichtige familiäre Werte mitgegeben», sagt uns der seit 37 Jahren verheiratete Vater dreier erwachsener Töchter in seinem bescheidenen Büro in Bern. Da es die wirtschaftlichen Verhältnisse seiner Eltern ihm nicht erlaubten, an der Universität zu studieren, trat der junge Méndez González in die Armee ein. «Viele Gleichaltrige taten es mir damals gleich. Die venezolanische Armee war eine der Möglichkeiten, eine Weiterbildung zu erhalten. Einige traten aus Berufung in die Armee ein, die meisten aber wie ich aus ökonomischer Notwendigkeit.»

Kontakte zur Linken Parallel zur Militärakademie, die er

einst mit einem Master in «Sicherheit und Nationaler Verteidigung» abschliessen sollte, belegte der junge Leutnant heimlich Journalismus-Vorlesungen an der katholischen Universität Andres Bello. «Den Militärs war das damals strikte untersagt», unterstreicht Méndez González lächelnd, «deshalb schlichen wir uns nachts aus der Kaserne in die Hörsäle. Wurde einer von uns dabei erwischt, musste er sofort die Kaserne wechseln und wurde in einen Landstrich versetzt, wo es keine Uni in der Nähe gab. Die Machthaber befürchteten, dass die Soldaten an den Unis vom Virus der Rebellion erfasst werden könnten.» Die Universitäten galten als Zentren der Agitation, des Kommunismus, so Méndez González, dabei habe er sich bereits an der Mittelschule an den Kämpfen der Kommunistischen Jugend beteiligt. «Die Kommunistische Jugend war praktisch illegal, die Partei selbst wurde während der Amtszeit von Rómulo Betancourt, der mit ihrer Hilfe an die Macht gekommen war, verboten.» Es war die Zeit der Guerilla, «eine komplizierte Zeit», meint Méndez González, der auch während seiner weiteren Militärkarriere immer mit der Linken in Kontakt stand.

1992, Méndez González war damals bereits Oberst, versuchte eine Militärrebellion unter Führung von Hugo Chávez, die Macht der Oligarchie, die Venezuela bis anhin mit eiserner Faust beherrscht und zur persönlichen Bereicherung ausgebeutet hatte, zu brechen. «Hier muss man etwas wissen: Im Gegensatz zur Armeeführung anderer lateinamerikanischer Staaten stammten unsere Offiziere mehrheitlich nicht aus den herrschenden Eliten und Kasten des Landes, sondern zu 99 Prozent aus armen und ärmsten Verhältnissen. Das hat den Prozess erleichtert, den wir heute in Venezuela durchleben und ist die Erklärung dafür, dass Militärs eine soziale Revolution anführen konnten.» Diese Offiziere hätten am eigenen Leib die Entbehrungen und das Elend der grossen Masse ihrer Landsleute erlebt und machten sich dadurch die Forderungen der Volksbewegungen zu eigen.

Zwar scheiterte die Rebellion vom 4. Februar 1992 fürs erste und Chávez landete im Gefängnis, doch war die Niederlage der bis anhin herrschenden Parteien vorgezeichnet. 1998

wurde Hugo Chávez plebiszitär zum Präsidenten Venezuelas gewählt und seither in sämtlichen Wahlen bestätigt. Méndez González, der Chávez im Wahlkampf unterstützt hatte, wurde nach dessen Amtseinführung mit verschiedenen Aufgaben innerhalb der Regierung betraut, zunächst als Verbindungsoffizier zum Kongress, dann als Generaldirektor des Justizministeriums und später im diplomatischen Dienst. Vor seiner Ernennung zum ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Bolivarischen Republik Venezuela in der Schweiz vertrat er sein Land als Generalkonsul in Frankfurt. Deutschland kannte Méndez González aus seiner Studienzeit: «1981 war ich Stipendiat der Führungsakademie der Bundes-

wehr in Hamburg.»

sungsgebenden Versammlung unter Einbezug Tausender von Vorschlägen aus der Bevölkerung ausgearbeitete «Bolivarische Verfassung», die 1999 in einem Referendum mit 86% der Stimmen angenommen worden war.

Sehen, was ist

Botschafter Méndez González liegt viel an der Richtigstellung des Bildes, das in der Schweiz von Venezuela oft gezeichnet wird. «Unser Grundgesetz ist tief humanistisch. Das Bildungswesen, das Gesundheitswesen, die Kultur – das sind für uns Elemente, die ein Volk erst wirklich frei machen. Ein gebildetes, ein kultiviertes Volk kann man schwerlich knechten. So unterstützt eine grosse Mehrheit unseres Volkes den gegenwärtigen Prozess.» Es sei enorm, dass auch nach 11 schwierigen Jahren des Kampfes Präsident Chávez immer noch auf 60% Zustimmung komme. Tatsächlich habe es in diesen 11 Jahren gewaltige Fortschritte gegeben, unterstreicht der venezolanische Diplomat



Botschafter César Osvelio Méndez González. Foto UW

Beziehungen seit 1880

Botschafter Méndez González erinnert uns daran, dass die Beziehungen zur Schweiz aus dem 19. Jahrhundert datierten: «Venezuela trat 1880 dem Weltpostverein bei, dessen Sitz sich ja noch heute in Bern befindet. Seither sind die Verbindungen zur Schweiz nie abgebrochen.» In den letzten drei Jahren vor seiner Ernennung zum Botschafter hingegen habe es eine gewisse Funkstille gegeben, beide Länder hätten sich gegenseitig nur durch Geschäftsträger vertreten lassen. «Jetzt, mit Botschaftern sowohl in Caracas wie in Bern, verstärken sich unsere Beziehungen wieder.» Venezuela hätte enorm viel zu lernen von der Schweiz, meint Botschafter Méndez González, insbesondere auf dem Gebiet der direkten Demokratie. «Was die Mitbestimmungsmöglichkeiten ihrer Bürgerinnen und Bürger anbelangt, ist die Schweiz für uns eine Referenz. Bei Ihnen wird zu praktisch jeder wichtigen Frage die Volksmeinung eingeholt, und das verfolgen wir mit grosser Aufmerksamkeit. Wir wollen niemanden kopieren und unsern eigenen, authentischen Weg finden, aber wir wollen unsere Augen auch nicht verschliessen vor den Erfahrungen anderer. Die Zeiten, wo uns die Grossmächte ihre Rezepte aufgezwungen haben, sind hingegen definitiv vorbei. Wir stellen heute unsere eigenen Rezepte aus! »

In Venezuela, so Botschafter Méndez González, spiele die Mitbestimmung der Bevölkerung wie in der Schweiz eine entscheidende Rolle: «Unser Volk ist aufgerufen, sich zu allem zu äussern. Zum ersten Mal in der Geschichte unseres Landes konnten wir über eine Verfassung abstimmen und uns vorher gar in die Ausarbeitung selbst einmischen», erinnert der Diplomat an die von einer verfas-

Analphabetentums etwa, die dramatische Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung, die Senkung der Kindersterblichkeit auf die zweittiefste Ziffer Lateinamerikas nach Kuba und die Schaffung unzähliger Schulen und Hochschulen, «Noch ist es nicht die Norm, aber auch nichts Ungewöhnliches mehr, dass Du in irgendeinem Volksviertel des Landes einen einfachen Arbeiter ein Buch etwa von Victor Hugo lesen siehst, Resultat der regelmässigen kostenlosen Abgabe von Werken der Weltliteratur in Massenauflagen», meint Méndez González lächelnd. «Stell Dir die Freude eines Achtzigjährigen vor, der zum ersten Mal in seinem Leben einen Text lesen und verstehen kann und dem die Mittel geboten werden, noch irgend etwas zu erlernen, ohne ökonomische Notwendigkeit, rein zu seiner persönlichen Befriedigung, zur Bereicherung seiner Seele und seines Geistes. Das Recht auf Bildung in jedem Alter ist dank unserer Verfassung zum unantastbaren Menschenrecht geworden.» Solche Entwicklungen seien es wert, beachtet zu werden. «Aber wer es nicht sehen will, sieht es nicht», meint Méndez González mit Hinblick auf das Bild Venezuelas, das in der hiesigen Presse vermittelt wird.

Arbeiten, um zu leben

«Die Welt hat die lateinamerikanische Bevölkerung und insbesondere auch uns Venezolaner stigmatisiert mit dem Bild einer ständig Salsa und Merengue tanzenden und Rum trinkenden Frohnatur, die die Arbeit scheut. Dem ist nicht so. Natürlich gefällt uns das Festen und vermutlich sind wir einfach auch etwas spontaner als andere. Wir sind ein fröhliches Volk, aber auch ein Volk mit einem

mit Hinweis auf die Eliminierung des

riesigen Potenzial, ein kritisches Volk, ein lernbegieriges, ein arbeitsames Volk. Alles in seinem richtigen Mass. Nur sagen wir in Venezuela: Wir leben nicht um zu arbeiten, sondern wir arbeiten, um zu leben.» Venezuela und Lateinamerika insgesamt, davon ist Méndez González überzeugt, hätten eine vielversprechende Zukunft, mit jungen, fähigen Menschen, die in den fortschrittlich regierten Ländern des Kontinents eine gute Ausbildung erhielten. «Bereits in allernächster Zeit wird es Lateinamerika gelingen, auf eigenen Füssen vorwärts zu schrei-

Wie möchte Botschafter Mendez González, dass die Schweizerinnen und Schweizer sein Land sehen? «Wie sehen wir die Schweiz?», dreht er die Frage zunächst um. «Die Mehrheit unserer Bevölkerung sieht ein arbeitsames Volk in einem sehr speziellen Land, das geprägt ist von seinen geographischen Besonderheiten, seiner Vielsprachigkeit. Wir schauen mit viel Interesse auf die Schweiz als ein Land, das zwanzigmal kleiner ist als Venezuela und das es mit all seinen Beschränkungen punkto Rohstoffen und Ausdehnung geschafft hat, beispielsweise Spitzentechnologien zu entwickeln, riesige Finanzimperien, international tätige Versicherungsgesellschaften zu beherbergen etc. Mit Interesse sehen wir auch, wie die Schweiz sich befähigt hat, mit der ganzen Welt in Beziehung zu treten und sich Markenzeichen schuf wie Unparteilichkeit, Bankgeheimnis etc., selbst wenn vieles davon heute natürlich kritisch hinterfragt wird. Und wie gesagt: Uns interessiert an der Ihrem Land insbesondere auch sein System der direkten Demokratie, der Aufbau mit den Gemeinden. Auf Spanisch heisst Gemeinde (comuna) und in Venezuela bekämpfte die Opposition die Einführung des Gesetzes über die Gemeinderäte Ende 2009 mit dem Argument, das sei (comunismo), also Kommunismus...»

«Die Bevölkerung Venezuelas», kommt Botschafter Mendez González auf die Ausgangsfrage zurück, «blickt also mit viel Interesse und Bewunderung auf die Schweiz. Und wir möchten, dass die Schweizerinnen und Schweizer dies eines Tages auch mit Venezuela so halten.»

Wir kamen nicht vom Mond

César Osvelio Mendez González verhehlt nicht, dass in seinem Land einige Dinge entwicklungsfähig sind. Jedes Land habe seine Schwierigkeiten, und die Hemmnisse, die die Entwicklung Venezuelas behindern, seien vielleicht gravierender als die Probleme, mit denen sich europäische Länder konfrontiert sähen. «Aber sie sind überwindbar.» Als Hugo Chávez vor 11 Jahren Präsident seines Landes geworden sei, habe er sich mit einigen Problemen auseinandersetzen müssen: «Jene, die die Regierung übernahmen, kamen ja nicht vom Mond. Wir waren wie wir waren: Kinder der Gesellschaft, in der wir aufgewachsen sind, mit all unsern Tugenden und Lastern. Aber wir haben uns bemüht, das Negative, das uns die frühere Gesellschaft mitgegeben hat, zu überwinden.» Daneben gebe es natürlich Kräfte, die der jetzigen Entwicklung Venezuelas feindlich gegenüber stünden und mit allen Mitteln versuchten,

diese Entwicklung rückgängig zu machen. «Doch diese Kräfte sind identifiziert und wir bekämpfen sie mit allen politischen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen.»

Chávez Ahora

Comandante Chávez, no estás sólo

Der allgewaltigen Medienmacht der Monopole beispielsweise stellt die venezolanische Regierung die Förderung alternativer Medien entgegen, die von der Bevölkerung selbst gehandhabt werden: kleinste, mit bescheidenen Mitteln ausgerüstete lokale Fernsehstationen, Radiosender mit oft nur gerade quartierweiter Ausstrahlung, kleine Zeitungen, «Mit Hilfe dieser Tausenden von Kleinst-Medien drücken die Menschen ihre Sorgen aus, ihre Vorschläge etc., und diese grosse Vielfalt passt natürlich jenen nicht, die damit ihre Monopole gefährdet sehen. »

Der Weg des Friedens

Der Diplomat aus Venezuela bedauert die Vormachtstellung der USA, deren Politik oft den Interessen der Völker widerspreche. «Niemand kann leugnen, dass die USA die höchsten Ausgaben für Kriegsmaterial tätigen, dass die USA überall auf der Welt Militärbasen besitzen, dass sie ihren Einfluss stets auch mit militärischen Mitteln geltend machen. Das alles sind Dinge, die den Lebensrhythmus nicht nur in Venezuela beeinflussen, sondern auch andere Völker daran hindern, sich das Lebensniveau zu geben, das sie erreichen möchten. Dem müssen wir uns mit Geduld und mit Intelligenz entgegensetzen und dabei darauf achten, dass es nicht zu offenen Konfrontationen kommt. Sämtliche Regierungen und Völker dieser Erde müssen lernen, dass der einzige beschreitbare Weg zu einer besseren Welt jener des Friedens und des gegenseitigen Verstehens ist.»

In Kürze

Auf nach Südafrika!

Die 17. Weltfestspiele der Jugend und Studierenden werden im Dezember 2010 in Südafrika stattfinden. Das beschloss der Generalrat des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ/WFDY) auf seiner Tagung vom 5. - 8. Februar in Beirut, an der rund 80 Vertreter von 47 Jugend- und Studentenvereinigungen aus aller Welt teilnahmen. Der WBDJ folgte damit einem Vorschlag der Jugendliga des ANC, der sich als Gastgeber an-

Mit der Wahl Südafrikas als Austragungsort des 17. Festivals soll die Solidarität mit Afrika demonstriert werden. Das letzte Festival der Weltjugend hatte 2005 mit 17 000 Teilnehmenden aus 144 Ländern in Caracas (Venezuela) stattgefunden.

> Redaktionsschluss dieser Nummer: 4. März 2010

Redaktionsschluss 2/10 5. Mai 2010

Unsere Welt 5 März 2010

Wohin führt der «Prozess des Wandels» in Bolivien?

Das neue Selbstbewusstsein

Im Rotpunktverlag erscheint dieser Tage das Buch «Das neue Bolivien» von Robert Lessmann, das sich kritisch mit Bolivien und seinem seit 2005 amtierenden Präsidenten Evo Morales auseinandersetzt. Wir drucken daraus mit freundlicher Genehmigung des Verlages auszugsweise das Fazit ab, das Autor Lessmann aus dem bisherigen Wandel Boliviens zieht. Zwischentitel Red. UW.

Von Robert Lessmann

Mit dem Wahlsieg von Evo Morales und seiner MAS hat sich im Herzen Südamerikas eine Alternative zum Neoliberalismus und eine Chance zur Emanzipation bisher marginalisierter Schichten und Völker aufgetan. Doch hat sich die profunde Krise Boliviens nicht verflüchtig. Sie besteht in ihren verschiedenen Aspekten vielmehr als Herausforderung fort. Zur Bewältigung der sozio-ökonomischen Krise bestehen hoffnungsvolle Ansätze im Sozial-, Bildungs- und Verteilungsbereich. Ob sie langfristig tragfähig und finanzierbar sind, bleibt abzuwarten. Ein von manchen herbeigeredeter ökonomischer Kollaps ist jedenfalls ausgeblieben. Die Ergebnisse sind bisher vielmehr leicht positiv.

Eine von der Opposition so hart bekämpfte Landreform besteht im Wesentlichen in der konsequenten Implementierung der Reformen des Landreformgesetzes von 1996. Die Nationalisierung der Kohlenwasserstoffressourcen brachte die Korrektur unverschämter Ausbeutungsverhältnisse zugunsten der nationalen Volkswirtschaft. Vielfach sind die gesetzlichen Bestimmungen mehrdeutig und ermöglichen in der Praxis Auslegungsspielräume *a la boliviana*.

Die Regierung Morales profitierte von den hohen Rohstoffpreisen und hat richtige Weichenstellungen vorgenommen, damit das Land und seine Menschen auch davon profitieren können. Preisschwankungen auf dem Markt für Erze und für Erdöl haben indessen einmal mehr deutlich gemacht, wie wenig man auf einen solchen Ressourcenboom allein bauen kann. Das ist der Regierung auch bewusst. (...).

Eine Diversifizierung der bolivianischen Wirtschaftsbeziehungen fand bereits seit vielen Jahren mehr oder weniger stillschweigend statt. Lateinamerikanische Nachbarn – allen voran Brasilien und Argentinien - gewannen und die Vereinigten Staaten verloren an Gewicht. Mit Morales kam es nicht nur zu einer verstärkten Anlehnung an Venezuela, sondern auch zu einer Hinwendung zu neuen Partnern aus den aufstrebenden Volkswirtschaften des Südens, wie China, Indien, Korea, aber auch dem Iran. Mit der arabischen Liga wurde im März 2009 in Kairo ein Kooperationsabkommen unterzeichnet. Kooperationen mit einem indischen Unternehmen (Eisen) und einem koreanischen (Lithium) stehen für eine Belebung des Gedankens einer Süd-Süd-Kooperation, wie er vor einem Vierteljahrhundert in der entwicklungspolitischen Debatte als Collective-Self-Reliance diskutiert wurde.

Latenter Rassismus

Seit dem Wahlsieg der MAS vom Dezember 2005 hat sich der Druck von «links», von «populären» und «indigenistischen» Bewegungen vermindert. Exklusive, ethno-chauvinistische Kräfte um Felipe Quispes MIP (das bei den Wahlen von 2002 immerhin mit 6 Prozent der Stimmen ins Parlament eingezogen war) konnten von Morales' integrativem Projekt des Wandels vorerst neutralisiert werden.

Doch die Gesellschaft steht noch immer vor einer Zerreissprobe: Der latente Rassismus bisher dominierender Gesellschaftsschichten wurde angesichts des Wandels explizit und äusserte sich immer wieder auch ge-

walttätig. Ihm steht ein neues Selbstbewusstsein der Indigenen und Marginalisierten gegenüber. Die politische Rechte ist parteipolitisch desolat. Sie schart sich um die Präfekten der Tieflanddepartemente sowie um die Präsidenten von «Bürgerkomitees». Sie hat – abgesehen vom Thema Autonomie – weder inhaltlich noch personell Alternativen zu bieten und übte sich beim Thema Autonomie und Verfassung in Provokationen, Obstruktionen und gefährlichen extralegalen Aktionen. Das Scheitern Letzterer hat vorerst zu einer Spaltung und einer weiteren Schwächung des oppositionellen Lagers geführt. Doch die Ruhe vom Herbst 2009 mag die Ruhe vor dem nächsten Sturm sein. Das Wahldebakel der Rechten ist insofern eher ein negatives Signal.

Soziale Bewegungen und die Macht

Die MAS hat als Regierungspartei kein adäquates Rezept gefunden, um damit fertig zu werden. Sie hat über die erwähnte Orientierung der heterogenen Strömungen hinaus, noch keine wirklichen, permanenten und transparenten Strukturen der Interessenartikulation und -aggregation für die sozialen Bewegungen entwickelt, geschweige denn für die Gesellschaft

mung gewisser parastaatlicher Funktionen Stärke gewonnen. Sicherlich ist ihr Einfluss auf die Gestaltung der Politik enorm gewachsen. Aber eine institutionalisierte Demokratisierung von unten steht noch aus. Vielfach scheint die Frage, wessen Interessen sich durchsetzen und welche der Bewegungen zum Zuge kommt, doch «von oben» gelöst zu werden und die vielbeschworene Basis verbleibt allzu oft in der Funktion einer Mobilisierungs- und Manövriermasse.

Kontrolle der Regierung

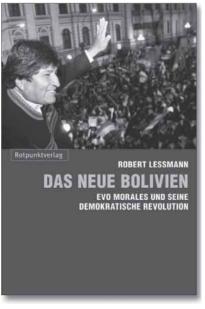
Dem Artikel 241/I der neuen Verfassung gemäss nimmt das souveräne Volk über die Organisationen der Zivilgesellschaft an der Gestaltung der öffentlichen Politik teil. Nach Absatz II übt die organisierte Zivilgesellschaft soziale Kontrolle aus über die öffentliche Verwaltung auf allen Ebenen des Staates, die öffentlichen Institutionen und Unternehmen, die gemischten und die privaten, die mit staatlichen Ressourcen arbeiten. Dazu gehört nach Artikel 242 auch die Arbeit des Parlaments. Im Rahmen der Asamblea Constituyente hatte es Überlegungen zur Einrichtung einer zivilgesellschaftlichen «Vierten Gewalt» gegeben, die sich aber nicht durchsetzten. Wenige Tage nach seinem Wahlsieg vom Dezember 2009 schlug Evo Morales nun die Einrichtung einer zivilgesellschaftlichen Instanz zur Kontrolle der Regierung vor. Welche Gestalt diese annehmen könnte, wird eine spannende Frage sein.



Schreiten auf eigenen Füssen in die Zukunft: Ramón Machado Ventura (Kuba), Daniel Ortega (Nicaragua), Hugo Chávez (Venezuela) und Evo Morales (Bolivien). Foto ABN

insgesamt. Man verhält sich einerseits vielfach noch immer wie eine ausserparlamentarische Opposition. Andererseits konnten auch der sprichwörtliche bolivianische Präsidentialismus und Zentralismus nicht überwunden werden. Die «Regierung der sozialen Bewegungen» stellt sich als ambivalentes Unternehmen dar. Einerseits scheint sie vieles den zivilgesellschaftlichen Bewegungen an der Basis «überlassen» zu wollen, auch Exekutivfunktionen wie zum Beispiel die Herstellung der Sicherheit bei der Constituvente in Sucre. Andererseits hat man oft den Eindruck einer Kooptation und Instrumentalisierung - und sei es nur, weil die sozialen Bewegungen gar nicht in der Lage sind, die ihnen zugedachten Aufgaben zu lösen. Darin liegt eine doppelte Gefahr: Die einer Delegitimierung und Schwächung der staatlichen Institutionen, aber auch die einer Schwächung dieser Bewegungen im Sinne ihrer «Verstaatlichung», denn sie haben ja bisher gerade durch die Wahrneh-

(...) Die grössten Hoffnungen verbanden sich mit den Perspektiven zur Überwindung der sozio-kulturellen Krise und zur Integration bisher marginalisierter Bevölkerungsgruppen. «Mandar obedeciendo«, gehorchend regieren wolle er, betont Evo Morales: einer Regierung der sozialen Bewegungen wolle er vorstehen. Es verwundert nicht, dass er gerade Leitfiguren aus der indigenen Bewegung, den Gewerkschaften, den zivilgesellschaftlichen Widerstandsgruppen gegen Privatisierungsmassnahmen und nicht zuletzt aus seiner alten Cocalero-Basis in die Regierungsverantwortung eingebunden hat. Kritiker sehen hier allerdings auch eine Tradition fortleben, nach der persönliche Loyalitäten vor Kompetenz gehen. Es wurde dabei rasch deutlich, dass es auch hier unterschiedliche Interessenlagen gibt und das «indigene» und «populäre» Lager kein monolithischer Block ist. Doch ist die Öffnung von Führungspositionen für bisher marginalisierte Gruppen und der damit verbun-



Robert Lessmann, Das neue Bolivien, Rotpunktverlag, Zürich 2010. ca. 250 S., zahlreiche Farbfotos, Fr. 34.—

dene, gesamtgesellschaftliche Lernprozess ebenso historisch wie wahrscheinlich irreversibel.

Dabei überraschte die Regierung durch Pragmatismus und Kompromissfähigkeit. Keine dieser Gruppen musste so grosse Kröten schlucken wie Morales' Kernbasis, die Cocaleros. Die versprochene Legalisierung der Mama Coca hat nicht stattgefunden und die Ausweisung der verhassten Repressionsorgane liess lange auf sich warten! Die erwarteten internationalen Initiativen haben (noch) nicht stattgefunden. Die Basis scheint bereit, diese Zumutung hinzunehmen, weil sie von «ihrem» Präsidenten kommt. Einem Präsidenten, der nach wie vor über eine enorme Glaubwürdigkeit verfügt, die er durch die Umsetzung seiner Agenda in anderen Bereichen, wie der Nationalisierung und beim Landreformgesetz, bisher durchaus noch festigen konnte. Im Gegenzug fanden die Cocaleros sozialen Frieden.

Learning by doing

Dass es in einer, von jungen, in administrativen Dingen unerfahrenen Bewegungen getragenen Regierung zu handwerklichen Schwächen kommt, verwundert nicht. Fachleute sind rar. «Learning by doing» ist gefragt. Oft steht politische Symbolik vor konkreten Ergebnissen oder Qualifikationen. Mit Casimira Rodríguez wurde eine gelernte Hausangestellte Justizministerin; Präsidentin der Verfassunggebenden Versammlung wurde mit Silvia Lazarte eine kampferprobte Bauersfrau aus dem Chapare, die nach der Grund- die Hauptschule nicht mehr besuchen konnte. Nicht nur sie war mit den politischen und administrativen Anforderungen eines Verfassungsprozesses oft überfordert. Die hohe Erwartungshaltung der Bevölkerung und politischer Voluntarismus der Entscheidungsträger halten sich die Waage. Letzterem stehen eine teilweise besorgniserregende Abwesenheit schlüssiger Politikkonzepte sowie begrenzte technische und personelle Kapazitäten gegenüber. Pragmatisches Improvisieren ist das Gebot der Stunde. Chef-Improvisator ist der Präsident höchstselbst. (...)

Gemeinsame Erwartungshaltungen und die «charismatische Führerschaft» (Max Weber) der Galionsfigur Evo Morales klammern die unterschiedlichen sozialen Bewegungen zusammen, die hinter der Regierung

stehen. Doch immer wieder kommt es auch zu Konflikten, bei Persistenz der traditionellen Radikalität: Bus- und Taxifahrer blockieren zwei Tage lang die Innenstadt von La Paz, weil sie mit der vom Bürgermeister vorgeschlagenen neuen Verkehrsführung nicht einverstanden sind. Eine Auseinandersetzung zwischen Minenarbeitern der staatlichen COMIBOL und Cooperativistas um Schürfrechte forderte am 5. und 6. Oktober 2006 in Huanuni bei Oruro 16 Todesopfer und 81 Verletzte. (...) Die MAS und Evo Morales' Regierung der sozialen Bewegungen stehen noch vor der Herausforderung, permanente Strukturen für eine effektive Interessenartikulation dieser sozialen Bewegungen zu schaffen. Drei Evaluierungsklausuren (oder Hearings) der Regierung durch soziale Bewegungen sind ein von oben geschaffenes, informelles Novum, dessen Charakter hinsichtlich Beschickung und konkreter Ergebnisse zu analysieren und dessen Lebensdauer abzuwarten bleibt. (...) Das Projekt einer Neugründung

(refundación) Boliviens ist bisher in vielerlei Hinsicht vage geblieben und geht auf eine ideologische Mischkulanz aus Nationalismus, Antiimperialismus, Sozialismus und andiner Kosmovision zurück. Die Handlungsspielräume dafür sind zusätzlich durch interne Defizite und aussenpolitische Rahmenbedingungen eingeschränkt. Doch es ist ernstgemeint und rührt tatsächlich an den gesellschaftlichen Grundfesten: Daher die innenpolitische Polarisierung, deren Handhabung durch die Regierung nicht immer glücklich war und deren Entwicklung die entscheidende Grösse für Erfolg oder Misserfolg der Regierung Morales sein wird. Es handelt sich um ein radikalreformistisches, emanzipatorisches Projekt. Noch ist es erst ansatzweise gelungen, den «Zusammenstoss der Kulturen» in einen «Dialog der Kulturen» zu überführen. Doch muss man dies auch im historischen Kontext sehen, bevor man «Staatszerfall» und «Unregierbarkeit» beklagt. Bolivien hat seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1825 rund 50% seiner Staatsfläche verloren und mehr Regierungen überstanden als Jahre. Der bolivianische Staat war häufig nicht in der Lage, Sicherheit im Inneren oder nach aussen herzustellen – geschweige denn die materielle und kulturelle Lebenssicherheit seiner Bürger zu gewährleisten. Er war stets ein schwacher Staat mit wiederkehrenden Tendenzen zum Zerfall. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil sich ein grosser Teil der Menschen von ihm nicht vertreten fühlte, weil der Eindruck herrschte, es handle sich um einen Apparat im Dienste einer einflussreichen Minderheit.

Doch bis zum Zerfall ist es bisher nicht gekommen. Der Erdrutschsieg von Evo Morales und sein - wie immer ungenau definierter – Proceso de cambio bieten eine historische Chance zur Inklusion bisher marginalisierter Bevölkerungsgruppen und zur Festigung von Staat und Gesellschaft. Auch wenn dieser Prozess konfliktiv verläuft und dabei manchmal erste Symptome eines Staatszerfalls aufgetreten sein mögen: Das Pendel scheint – gerade nach dem Wahlergebnis vom 6. Dezember 2009 – sehr deutlich im Sinne des Wandels auszuschlagen!



Unsere Welt 6 März 2010

Kommentar zu den Kriegsmaterialexporten des Jahres 2009

Kriegsgewinne statt Menschenrechte

Die Schweizer Waffenexporte haben im letzten Jahr mit 727,7 Mio. Franken einen neuen Rekordstand erreicht (2008: 721,9 Mio. Fr, 2007: 464,5 Mio. Fr.). Dabei wurden Neutralität, Kriegsmaterialgesetz und Kriegsmaterialverordnung grösstenteils erneut krass verletzt.

Von Heinrich Frei

Abnehmer von helvetischen Rüstungsgütern waren neben den in Afghanistan Krieg führenden Nato-Staaten Deutschland, USA, Dänemark, Grossbritannien, Belgien, den Niederlanden, Spanien, Frankreich, Italien, Kanada, Norwegen und Griechenland auch Regimes im Pulverfass des Nahen Ostens: Das Menschenrechte mit den Füssen tretende feudalistische Saudi-Arabien etwa kaufte in der Schweiz wieder Kanonen und Granaten. Auch anderen Ländern wie Pakistan, Malaysia, Ägypten und Algerien, in deren Verliessen gefoltert wird oder in denen Menschen im schrecklichen Elend leben und hungern, lieferte die Eidgenossenschaft erneut skrupellos Rüstungsgüter. Fazit: Die Neutralität, das Kriegsmaterialgesetz und die Kriegsmaterialverordnung wurden durch den grössten Teil der Rüstungslieferungen des vergangenen Jahres erneut krass verletzt.

Professoren gegen Kriegsmaterialexporte

70 Experten in Völkerrecht und Strafrecht kritisierten im letzten Jahr die Kriegsmaterialexporte mit einem offenen Brief an Bundesrätin Doris Leuthard sowie an die Direktion für Völkerrecht im Aussendepartement von Bundesrätin Micheline Calmy-Rev. Die Professoren bemängelten, wie die seit Dezember 2008 geltende revidierte Kriegsmaterialverordnung gehandhabt wird. Würde sie wirklich umgesetzt, hielten die Professoren fest, dürften etwa weder in die USA noch nach Deutschland Rüstungsgüter geliefert werden, denn diese Nationen seien in Afghanistan und im Irak an Kriegen beteiligt. Die Argumentation von Bundesrätin Leuthard, UNO-Resolutionen würde die Teilnahme an diesen bewaffneten Konflikten stützen, sei völkerrechtlich irrelevant. Nicht weniger fragwürdig seien Exporte in Staaten wie Saudi-Arabien oder Pakistan, die Menschenrechte verletzten oder in internen Konflikten stünden, stellten die Rechtsgelehrten fest. Bewilligt wurden diese Lieferungen meist mit der Begründung, dass das Material nicht in bewaffneten Auseinandersetzungen und nur für Missionen mit Uno-Mandaten gebraucht werde.

Geduldiges Papier

Bundesrätin Calmy-Rey am 14. Dezember 2009 auf eine Anfrage über den Export von Pilatus Flugzeugen und der strafrechtlichen Verantwortlichkeit bei Kriegsmaterialexporten:

«Gemäss der schweizerischen Kriegsmaterialverordnung ist es verboten, Kriegsmaterial auszuführen, wenn dadurch die Aufrechterhaltung des Friedens bedroht ist. Das heisst, dass Kriegsmaterialausfuhren dann verboten sind, wenn die Ausfuhr die internationale oder die regionale Stabilität untergräbt oder wenn es die Situation im Innern eines Bestimmungslandes nicht erlaubt»... «Ausserdem muss geprüft werden, ob sich das betreffende Land in einem internen oder internationalen bewaffneten Konflikt befindet.»

Als einer von drei Erstunterzeichnern des Briefes der Rechtsgelehrten an Doris Leuthard und an Micheline Calmy-Rey exponierte sich Marco Sassòli, Professor für internationales öffentliches Recht an der Universität Genf. Sassòli sagte: «Ausgerechnet die Schweiz, die sich so für das humanitäre Völkerrecht engagiert, manipuliert beim Export von Kriegsmaterial einen zentralen Begriff des humanitären Völkerrechts.» Und der Berner Jurist Christoph Bürki kommentierte die Schweizer Kriegsmaterialexporte wie folgt: «Wenn es um das ganz grosse Geschäft geht, werden menschenrechtsverletzende Kriegsmateriallieferungen vom Bundesrat und der Parlamentsmehrheit geduldet und sogar unterstützt, ohne dass die Justiz dagegen einschreitet. Und die meisten Medien waren bisher und sind wohl auch in Zukunft nicht bereit, dieses skandalöse Gebaren der Exekutive, der Legislative und der Justiz anzuprangern und Abhilfe zu fordern.»

Schweizer Radpanzer in Afghanistan

Nach Deutschland exportierte die Schweiz im letzten Jahr insgesamt für 138,2 Mio. Fr. Kriegsmaterial. Darunter für 5,4 Mio. Fr. Hand- und Faustrigen Munition mit dem Kauf der ungarischen Firma MFS 2000. MFS 2000 stellt kleinkalibrige Munition für Armeen, Behörden, den Zivilmarkt sowie zu einem kleinen Anteil für Jagd und Sport her.

Dass die RUAG Granaten und Munition auch an Nato-Staaten liefert, die am Krieg im Irak und in Afghanistan beteiligt sind, geht klar aus der Statistik des SECOS der letzten Jahre hervor. Als neutraler Staat dürfte eine staatliche Firma jedoch kriegführende Staaten nicht mit Rüstungsgütern beliefern. Granaten und Munition der RUAG werden auch unter der Zivilbevölkerung Opfer fordern. 80-90 Prozent der Opfer in modernen Kriegen sind heute Zivilpersonen. Sowohl im Irak und in Afghanistan kommt von den dort kämpfenden Nato-Truppen Munition der RUAG zum Einsatz, auch gegen Zivilisten...

Grenzenlose Geschäfte

Erschreckend sind auch die Kriegsmaterialexporte Deutschlands. Dieser Staat ist heute Europameister beim Export von Rüstungsgütern. Laut dem Stockholm Peace Research Institut SIPRI stiegen die deutschen Rüstungsausfuhren in den letzten fünf Jahren um rund 70 Prozent. Angeblich verfügt Deutschland, nach Aussagen auch schon unter der früheren rotgrünen Regierung, unter Schröder und Fischer, jedoch über die restriktivsten Rüstungsexportgesetze der



Kleinwaffen töten. Bild picture-alliance/dpa

feuerwaffen, für 7,4 Mio. Fr. grössere Waffen, für 26,4 Mio. Munition, für 92,8 Mio. Fr. Radpanzer und für weitere 4,7 Mio. Fr. militärische Sprengstoffe. Dieses Kriegsmaterial brauchte Deutschland nicht zum Zähneputzen, sondern die Munition der bundeseigenen RUAG und die Radpanzer der Mowag (Mowag gehört dem US-Rüstungskonzern General Dynamics) werden auch im Krieg in Afghanistan eingesetzt.

Die RUAG ist eine 100-prozentige staatliche schweizerische Aktiengesellschaft und, nach eigenen Angaben, Marktführer für kleinkalibrige Munition in Europa, also Munition für Sturmgewehre, Maschinengewehre, Pistolen usw. Zum RUAG Konzern gehören mittlerweile zwei der bedeutendsten Anbieter von Kleinkalibermunition in Europa: Dynamit Nobel (Deutschland) und Norma Precision AB (Schweden). Die schweizerische Tochterfirma RUAG Ammotec fabriziert und exportiert auch fürchterlichen Deformations-Geschosse. Diese dumdum-artige Munition der Firma RUAG pilzt - anders als Vollmantelgeschosse - beim Eindringen in den Körper auf. Dadurch bekommt sie eine grössere Oberfläche und zerstört mehr Gewebe.

Der Technologiekonzern RUAG stärkte kürzlich seine internationale Position im Geschäft der kleinkalib-

Welt. Moralische Grenzen existieren aber bei diesen «Restriktionen» offensichtlich nicht: Kriegsschiffe, Militärhubschrauber, Panzer und Gewehre usw. wurden an kriegführende Nato und Nato-assoziierte Staaten sowie an menschenrechtsverletzende Regime geliefert. Allein die Direktexporte und Lizenzvergaben der Gewehre und Maschinenpistolen der Firma Heckler und Koch haben seit der Firmengründung im Jahr 1949 mehr als 1,5 Millionen Menschen das Leben gekostet, und eine weitaus grössere Zahl von Opfern zeitlebens verstümmelt. Mit Waffenexporten leistet Deutschland Beihilfe zum Massenmorden in aller Welt, schrieb Jürgen Grässlin in der Zeitschrift ZivilCourage. (Februar/März 2010) Heute sterben, laut Schätzungen des IKRK, rund 63 Prozent aller Kriegsopfer durch Gewehrkugeln.

Schweizer Rheinmetall

Acht Fliegerabwehrsysteme sowie die zugehörige Munition hat die Firma Rheinmetall in Zürich im letzten Jahr nach Saudi-Arabien geliefert, für rund 132 Millionen Franken. Im vorletzten Jahr verkaufte Rheinmetall Schweiz Pakistan für 109,8 Mio. Fr. Kanonen und Munition. In diesem Jahr wurden die Lieferungen nach Pakistan fortgesetzt, trotz dem Krieg in der Grenzregion zu Afghanistan. Zu

Deutschland 138'239'475 Slowenien Saudi-Arabien 131'594'271 Griechenland Dänemark 77'349'831 Indien 69'271'409 Grossbritannien Arabische Emirate 59'731'591 Belgien Katar 36'386'821 U.S.A. Finnland Niederlande 20'755'565 Südafrika Spanien 16'200'492 Korea (Süd) 15'913'885 Schweden Australien 15'370'007 Frankreich Pakistan 15'241'795 Chile Botswana 14'593'724 Malaysia Algerien 12'512'943 Bahrain Ecuador 12'392'027 Italien Tschechische Rep. Brasilien 10'662'116 Ukraine Kanada 10'145'448 Oman Irland 9'737'510 Rumänien

8'564'822

7'010'359

6'473'364

Estland

Ägypten

Diverse

Wert CHF

Schweizerische Eidgenossenschaft

Confédération suisse

Land

Singapur

Norwegen

Österreich

Confederazione Svizzera Confederazion svizra

Total der Schweizer Kriegsmaterialexporte 2009 nach 74 Ländern

Wert CHF 727'722'790

Wert CHF

5'091'429

4'213'926

4'213'812

3'986'894

2'561'602

2'317'393

2'211'774

2'154'975

1'806'279

1'499'735

1'360'028

985'000

946'250

722'371

608'867

541'398

496'940

410'720

399'889

3'046'053

vermerken ist: Die Kriegsmaterialausfuhren nach Saudi-Arabien wurden bereits 2006 bewilligt. Im Frühling 2009 hat der Bundesrat dann beschlossen, Ägypten, Pakistan und Saudi-Arabien, zurzeit, keine neuen Bewilligungen für die Ausfuhr von Kriegsmaterial zu erteilen. Zulässig sollen aber die Ausfuhr von Munition sowie von Ersatzteilen für Kriegsmaterial bleiben, dessen Export bereits früher bewilligt worden ist, heisst es. Bewilligt wurden nach Saudi-Arabien 2006 der Export von 20 Fliegerabwehrsystemen inklusive Munition im Wert von 375 Millionen Franken.

Waffenkunde führt Krieg

Saudi-Arabien, ein langjähriger guter Kunde der eidgenössischen Rüstungsindustrie, die grösste Militärmacht in der Golfregion, die bis an die Zähne mit modernsten US-Waffen ausgerüstet ist, führt seit September letzten Jahres seinen ersten Krieg überhaupt. Riad unternimmt mit Infanterie, Panzern und Kampfflugzeugen im Norden von Nachbar Jemen regelmässige Offensiven gegen die Houthi-Rebellen. Hunderte von jemenitischen Bürgern sollen bei den Angriffen bereits getötet worden sein, an denen nach Angaben des Sprechers der Rebellen auch US-Kampfjets beteiligt gewesen sind. Seit 2004 wurden bei diesen Kämpfen 200'000 Menschen entwurzelt und vertrieben. Die saudische Regierung gibt zu, dass bisher 500 ihrer Soldaten verwundet oder getötet wur-

Die China-Connection

Laut Daten des Stockholm International Peace Research Institute SIPRI wird die Firma Rheinmetall Oerlikon-Contraves, von 1997–2006 mit Exporten nach China von 80 Millionen US Dollar Kriegsmaterial aufgeführt, (Fliegerabwehrkanonen und Granaten).

Laut einem Schreiben von Bundesrätin Doris Leuthard vom 16. Oktober 2007 handelt es sich bei diesen Facts des SIPRI um einen «Lizenzvertrag, der 35 mm Fliegerabwehrsysteme zum Gegenstand hat. ... Bis zum Inkrafttreten des neuen Kriegsmaterialgesetzes im Jahr 1998 war die Übertragung von Immateriellgütern oder der Abschluss von Lizenzverträgen bewilligungsfrei. Unter dem neuen Kriegsmaterialgesetz hat das SECO

weder Ausfuhren von Kriegsmaterial noch den Abschluss entsprechender Lizenzverträge nach China bewilligt... Die jährlich publizierte Statistik des Bundes über Kriegsmaterialausfuhren, die auf den Angaben der Zollbehörden beruht, gibt Auskunft über die tatsächlichen Exporte von Kriegsmaterial aus der Schweiz. Nicht darin enthalten sind Zahlen über den Abschluss von Lizenzverträgen, da diese in der Handelsstatistik nicht erfasst sind.»

Département fédéral de l'économie DFE

Secrétariat d'Etat à l'économie SECO

Ausfuhr von Kriegsmaterial 2009; nach Endempfängerstaaten

Land

Rheinmetall – Waffenschmiede Hitlers

Die Oerlikon Contraves Defence wurde 1999 von Oerlikon-Bührle (heute Unaxis) an den deutschen Rüstungskonzern Rheinmetall verkauft. Der Boss von Rheinmetall, Hermann Röchling, gestorben 1955, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu zehn Jahren Haft verurteilt. Er hatte sich bei der Deportation von Zwangsarbeitern hervorgetan und war von Adolf Hitler zum Chef verschiedener Organisationen ernannt worden. Rheinmetall ist heute Deutschlands grösste Waffenschmiede.

Heute nutzt die Rüstungsschmiede Rheinmetall die weltweite Zunahme von Kriegen zu ehrgeizigen Expansionsplänen. Wie der Konzern mitteilte, will er seinen Rüstungsumsatz um mehr als 60 Prozent steigern – von 1.8 Milliarden Euro im Jahr 2008 auf drei Milliarden Euro 2013. Grundlage der Wachstumspläne ist unter anderem der Krieg in Afghanistan, der das Geschäft mit gepanzerten Fahrzeugen rapide in die Höhe treibt. Rheinmetall hofft insbesondere auf zunehmende Rüstungsexporte und hat zur Verbesserung seiner Aussichten nun ein Joint Venture mit dem Münchner Maschinen- und Lastwagenbauer MAN gegründet, die «Rheinmetall MAN Military Vehicles GmbH» (RMMV). Der neue Konzernzusammenschluss treibt die schon seit Jahren angestrebte Konzentration der deutschen Heerestechnik voran, die unter anderem die Stellung deutscher Rüstungsfirmen auf dem Weltmarkt verbessern soll. Dabei haben die deutschen Hersteller von Kriegsgerät schon erhebliche Erfolge erzielt: Die deutschen Rüstungsexporte stiegen in den letzten fünf Jahren um 70 Prozent an – das ist mehr als dreimal so viel wie der weltweite Durchschnitt.

Unsere Welt 7 März 2010

Killerspiele: Stand der Diskussion in der Schweiz

Mediale Gewalt

Der Berner Grossrat Roland Näf, Präsident der Vereinigung gegen mediale Gewalt, steht Verboten generell skeptisch gegenüber. Aber drei Gründe rechtfertigen für ihn dieses Vorgehen bei Killergames: die digitale Verfügbarkeit, die Wirkung auf die Hersteller und die Schwierigkeiten beim Jugendschutz.

Von Antoinette Mächtlinger

Gewalt-Videospiele war das Schwerpunktthema der Buchbesprechung von «Mega Buster» in der letzten Nummer der UW. Wir haben aufgezeigt, wie das menschliche Hirn durch den wiederholten Reiz-Reflex-Vorgang beeinflusst wird. Wir haben mögliche Zusammenhänge von Gewalttaten in der virtuellen und der realen Welt beleuchtet. Forderungen nach einem Verbot von Gewaltspielen wurden formuliert. Und wir haben versprochen, in dieser Nummer über den Stand der Dinge in der Schweiz zu berichten.

Die gute Nachricht zuerst

Wir haben das Glück, dass eine Gruppe sich intensiv mit dem Thema befasst: die Vereinigung gegen mediale Gewalt VGMG, die eine sehr informative Website (www.vgmg.ch) führt. Ihr Präsident, der Berner Grossrat Roland Näf, schrieb mir am 17. Februar:

«Wir kommen mit sehr grossen Schritten voran und es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis der Jugendschutz auf eidgenössischer und kantonaler Ebene massiv verschärft wird. Im Januar nahm der Grosse Rat im Kanton Bern meine Motion in Bezug auf einen strafrechtlich sanktionierten Jugendschutz an, gestern überwies die Rechtskommission des Ständerats die Motion für ein Verbot von Killergames, der Ständerat wird höchstwahrscheinlich nachziehen.»

Am 18. März ist das Thema im Ständerat traktandiert. Der Nationalrat hat beide Motionen verabschiedet. In der Medienmitteilung der VGMG vom 3. Juni 09 wird Nationalrätin Evi Allemann zitiert: «Ich bin erfreut über das klare Zeichen des Nationalrates gegen mediale Gewalt. Die Ratsmehrheit hat den Zusammenhang zwischen Killerspielen und Gewalthandlungen erkannt.»

Und der Bundesrat?

«Bundesrat setzt die Freiheit zu grenzenloser Grausamkeit am Bildschirm über die Sicherheit der Menschen.» So der Titel des Berichts an die Medienschaffenden vom 25. 5. 09. Die VGMG schreibt, sie sei enttäuscht und verärgert, dass der Bundesrat die Regulierung der Game-Branche überlasse, obwohl er in seinem Bericht festhalte: «Der Konsum von Gewaltdarstellungen in Medien und die Nutzung von gewalttätigen Video- und Computerspielen kann bei Jugendlichen, die bereits aufgrund anderer Risikofaktoren zu gewalttätigem Verhalten neigen, eine verstärkende Wirkung zeigen.» Gleichzeitig aber rühmt der Bundesrat die grossen Anstrengungen der Branchenverbände und deren Selbstregulierungsvereinbarungen: «Der Bundesrat begrüsst die Initiativen der Branchen und ist der Meinung, dass dieser Weg grundsätzlich weiter zu verfolgen ist. Er lehnt deshalb eine nationale Gesetzgebung zum Kinder- und Jugendmedienschutz (...) ab.» Über die Wirksamkeit der «Selbstregulierung» haben wir in der letzten Nummer der UW berichtet. Es sei hier nur noch einmal auf den Milliardenumsatz der Branche hingewiesen.

Gesetzesartikel besteht!?

Art. 135 StGB verbietet Herstellung, Einfuhr, Lagerung, Anpreisung usw. von Aufnahmen grausamer Gewalttätigkeiten, aber zugleich erschweren unklare Formulierungen die Anwendung. Das wurde klar, als Roland Näf das erste Strafverfahren gegen den Verkauf eines Killerspiels («Stranglehold») in der Schweiz erzwang: «Obschon die Spieler (es gibt kaum Frauen) ständig höchst grausame Gewalt anwenden müssen, um zum Ziel zu kommen, stand die zuständige Gerichtspräsidentin vor einer unlösbaren Aufgabe. Der «Gummi» in den Formulierungen von Art. 135 verunmöglichte eine Verurteilung.»

Wie könnte der Artikel griffiger formuliert werden? «Verbot der Herstellung, des Anpreisens, der Einfuhr, des Verkaufs und der Weitergabe von Spielprogrammen, in denen grausame Gewalttätigkeiten gegen Menschen und menschenähnliche Wesen zum Spielerfolg beitragen.»

«Zum Spielerfolg beitragen» – das ist der springende Punkt!

Kinder und Jugendliche schützen

Die zweite Motion fordert die Durchsetzung des Kindes- und Jugendschutzes:

«Die Eidgenossenschaft setzt mit einer nationalen, branchenunabhängigen Zertifizierungsstelle sowie gesetzlichen Grundlagen einen einheitlichen und starken Schutz der Kinder und Jugendlichen vor medialer Gewalt durch.»

Was bringen schon Verbote?

Diese Frage stellt sich immer wieder. Sie wird von der VGMG auch immer wieder aufgegriffen. Dazu Motionär Roland Näf:

«Selten lasse ich mich vom Sinn eines Verbotes überzeugen. Aber drei Gründe rechtfertigen dieses Vorgehen bei Killergames: die digitale Verfügbarkeit, die Wirkung auf die Hersteller und die Schwierigkeiten beim Jugendschutz.

Wie bei Kinderpornographie wird es nicht gelingen, Killergames vollständig von den Bildschirmen zu verbannen. Aber Hersteller von solchen Produkten sind auf den Massenverkauf angewiesen, sonst lohnen sich die riesigen Investitionen nicht. (Stranglehold 35 Mio). Wir können davon ausgehen, dass ein Verbot die Firmen zum Produktionsverzicht zwingt, vor allem weil einige Länder wie Deutschland im Kampf gegen mediale Gewalt bereits restriktiver als die Schweiz sind. Auch wegen der digitalen Verfügbarkeit von Software kann Kindern und Jugendlichen der Zugang zur virtuellen Gewalt kaum verwehrt werden. Altersbeschränkungen wie PEGI empfinden viele Schüler als Witz oder zusätzlichen Anreiz. Zwar ist Aufklärung wichtig, aber sie genügt nicht. Im Gespräch mit Eltern stelle ich immer wieder fest, dass sie überfordert sind und keine Ahnung haben, was ihre Jungs spielen.»

Soweit ein Auszug aus der Website zum Stand der Dinge bei Redaktionsschluss. Auf dieser Website gibt es übrigens noch viel Interessantes zu entdecken. Zum Beispiel 12 Antworten auf Fragen von Gamern. Oder Zitate aus der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Schwyz im Tötungsdelikt von Ried-Muotathal.

Ein weiterer Lesetipp

«Gewalt in den Medien: Was sagt die Forschung?» Das ist Thema eines Podiumsgesprächs, das von den Herausgebern von «Mega Buster» organisiert wurde und in der neusten Nummer der Friedenszeitung friZ 4/09 dokumentiert ist.



Kundgebung gegen die Aufstockung der deutschen Truppen in Afghanistan vom September 2008. Foto ND/dpa/grimm

70 Prozent der Bevölkerung lehnen Bundeswehreinsatz ab

Deutsche raus aus Afghanistan

Am 26. Februar 2010 hat der deutsche Bundestag nicht nur eine weitere Verlängerung des Einsatzes in Afghanistan beschlossen, sondern auch die Entsendung weiterer 850 Soldaten. Die Proteste gegen den Kriegseinsatz in den vergangenen Monaten verdeutlichten, dass dieses Votum eindeutig gegen den Willen einer Bevölkerungsmehrheit erfolgte. Ein Bericht aus Fulda.

Von Gerhard Feldbauer

Deutsche Soldaten führen wieder weltweit Krieg. In vorderster Linie in Afghanistan. Deutsche Soldaten fallen wieder, im Krieg um den Anteil des deutschen Kapitals an der Weltherrschaft, um Einflusssphären und Rohstoffressourcen. Laut Artikel 65a des Grundgesetzes geht mit der Verkündung des Verteidigungsfalles die Befehls- und Kommandogewalt vom Verteidigungsminister auf den Bundeskanzler über. Nachdem schon der einstige Verteidigungsminister Struck verkündete, die Bundesrepublik werde am Hindukusch verteidigt, ist Bundeskanzlerin Merkel heute logischerweise Oberbefehlshaberin. Sie schickt deutsche Soldaten in den Tod, sie verantwortet kriegsverbrecherische Befehle wie den des Obersten Klein im September 2009 in Kundus, der das Leben von 137 Zivilisten, darunter Frauen und Kindern, vernichtete.

Gegen den Volkswillen

Am 26. Februar 2010 hat der deutsche Bundestag nicht nur eine weitere Verlängerung des Einsatzes in Afghanistan beschlossen, sondern auch die Entsendung weiterer 850 Soldaten. Das deutsche Kontingent steigt von 4500 auf 5350 Mann. Seit der Ankunft von Vorauskommandos im Herbst 2001 und der Entsendung von 1 400 Soldaten 2002 erhöht sich die Stärke des Bundeswehrverbandes in Afghanistan jetzt auf fast das Vierfache. Nach Frankreich und Grossbritannien stellt die Bundesrepublik die meisten Soldaten für die ISAF-Truppe (International Security Assistence Force). Auch regierungsseitig muss inzwischen eingeräumt werden, dass die Bundeswehr in Afghanistan sich im Kriegseinsatz befindet.

Die Proteste gegen den Kriegseinsatz in den vergangenen Monaten verdeutlichten, dass dieses Votum zweifelsohne gegen den Willen einer Bevölkerungsmehrheit erfolgte. Laut Umfragen lehnen inzwischen um die 70 Prozent der Deutschen den Bundeswehreinsatz ab. Die vielfältigen Protestaktion erfassen bundesweit breite Bevölkerungsschichten. Herausragende überregionale Aktionen sind der Kasseler Friedensratschlag und das Darmstädter Signal. In letztgenanntem Forum sind ehemalige und aktive Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr engagiert, darunter der inzwischen in den Ruhestand versetzte Oberstleutnant Jürgen Rose. Er lehnte 2007 jede Dienstausübung ab, die der Unterstützung der «Operation Enduring Freedoom» in Afghanistan dient, da er diese völkerrechts-, grundgesetz- und völkerstrafrechts- widrig sieht. Der international angesehene Publizist (400 Beiträge) bringt gerade ein neues Buch heraus: «Ernstfall Angriffskrieg. Frieden schaffen mit aller Gewalt?» (Verlag Ossietzky GmbH, Hannover).

Gewerkschaften initiieren Erklärung

Zu einer bundesweiten Protestkampagne gestaltete sich eine vom Kreisvorstand Fulda des Deutschen Gewerkschaftsbundes initiierte Erklärung. Anlass war, dass ein Soldat aus der Stadt Opfer des Kriegseinsatzes in Afghanistan wurde. Bereits 2004 war eine aus Fulda stammende Soldatin mit deutscher und später US-amerikanischer Staatsangehörigkeit als Sergeant einer US-Transportkompanie in Irak ums Leben gekommen. Die 34jährige alleinstehende Mutter einer zehnjährigen Tochter hatte keine Zurückstellung vom Kriegseinsatz erhalten. Beide Fälle haben die Öffentlichkeit in der hessischen Stadt und Umgebung sensibilisiert. Es formierte sich ein breites Bündnis von Kriegsgegnern, das nach bekannt werden des Luftangriffs bei Kundus zusätzlichen Auftrieb erhielt.

In der Fuldaer Erklärung hiess es: «Wir sind bestürzt über die steigende Zahl der Opfer, die der Krieg in Afghanistan fordert. Junge Menschen werden in den Krieg geschickt, Töten und Sterben von den verantwortlichen Politikern billigend in Kauf genommen.» Statt weiterer Aufstockung der Kontingente wurde der sofortige Abzug der Bundeswehr, die sofortige Einstellung aller Waffenlieferungen, keine logistische Unterstützung des

Krieges, dafür die Bereitstellung von Mitteln für den zivilen Wiederaufbau gefordert.

Breite Unterstützung

Zu den Erstunterzeichnern gehörten die hessischen Mitglieder des Bundestages sowie Landtagsabgeordnete Hessens und Thüringens und weitere Funktionäre der Partei Die Linke, Funktionäre der SPD und von Bündnis 90/Grüne, regionale DGB-Vorsitzende, Betriebsräte und ein breiter Kreis gesellschaftlicher Kräfte von Hochschullehrern, Ärzten und Schauspielern bis zu Persönlichkeiten der Kirchen, christlicher Organisationen/ Institutionen (Pax Christi, der Bistümer, Ordenleute) der Freidenker, von Friedensforen, aber auch Freunde und Bekannte von ums Leben gekommenen Bundeswehrangehörigen sowie von Vereinigungen von Berufssoldaten. Der Vorsitzende des Reservistenverbandes von Haimbach/ Fulda, Wilfried Rützel, prangerte «die Opfer, die der Afghanistaneinsatz bei der Bundeswehr bislang gefordert» hat, an, verwies auf den Soldaten-Eid und das Grundgesetz und fragte, «ob solche Bundeswehreinsätze gerechtfertigt seien?». In der Garnison von Bad Salzungen in Thüringen (ein seit 1990 neues Bundesland) unterzeichneten Soldaten die Erklärung.

Höhepunkt der bisherigen Proteste waren Aktionen von Delegierten der Friedensgruppen aus ganz Deutschland am 20. Februar 2010 am Zentrum der Entscheidungen, dem Reichstag in Berlin. Lokale, regionale, gewerkschaftliche und christliche Organisationen verdeutlichten anschaulich das breite Spektrum der in allen Bevölkerungsschichten verankerten Friedenskräfte und ihre Entschlossenheit, den Widerstand zu verstärken. Sie konzentrieren sich jetzt darauf, ihre Aktionen vor Ort zu koordinieren, um möglichst viele Kriegsgegner zu den diesjährigen Ostermärschen zu mobilisieren.

(Zur Fuldaer Erklärung siehe www. kreisverband-fulda.dgb.de)



Unsere Welt 8 März 2010

ISSN 1423-6826 sfb@bluewin.ch www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Page and sound sou

Freiburg i. B.: Am 17. April 2009 marschierte die rechtsradikale Piusbrüderschaft durch die Freiburger Innenstadt gegen «den Mord an den Ungeborenen». Die Route wurde relativ schnell von etwa 40 Linken mit Transparenten blockiert. Während die Piusbrüder immer wieder sangen und Schweigeminuten durchzuführen versuchten, gab es lautstarken Protest gegen die antisemitischen Christen, und Gegendemonstranten verteilten u.a. Kondome (Bild: indymedia).

Die Rehabilitierung der Piusbrüder

Kurie schmust auf rechtem Kurs

Ein Beispiel, wie der deutsche Papst sich in die Tradition des Kurienbündnisses mit Reaktion und Faschismus einreiht. Weitere Beispiele finden sich im flüssig zu lesenden und gut dokumentierten neusten Werk unseres Autors (siehe Kasten).

Von Gerhard Feldbauer

Mit Kardinal Ratzinger nahm nach rund 500 Jahren am 19. April 2005 wieder ein Deutscher auf dem Stuhl Petri Platz. Die bisherigen fünf Jahre seines Pontifikats haben unmissverständlich gezeigt, dass er die reaktionäre Gegenoffensive seines Vorgängers nicht einfach nur fortsetzt, sondern sie noch verstärkt. Seine Attacken stellen auf ein Rollback gegen die Aufklärung und die irdische Emanzipation des Menschen ab.

Mit der Seligsprechung von 498 Kreuzrittern Francos 2007 schloss sich der Ratzinger-Papst der von Pius XI. (1922-1939) begründeten, von Pius XII. (1939-1958) fortgesetzten Tradition der Kurie des Bündnisses mit dem Faschismus an. Auf dieser Linie liegt ebenso sein im Januar 2009 erlassenes Dekret über die Rehabilitierung der vier Bischöfe der Piusbrüder, die der 1991 verstorbene französische Erzbischof Marcel Lefebvre 1988 ohne Erlaubnis des Papstes geweiht hatte. Zu ihnen gehört der Holocaustleugner Richard Williamson aus Grossbritannien. Papst Wojtyla, der in Polen unter dem Besatzungsregime Hitlerdeutschlands aufwuchs und einen gewissen Wert auf ein antifaschistisches Image legt, exkommunizierte Lefebvre und die Vier anschliessend.

Die historischen Wurzeln der Piusbrüder liegen in der Feindschaft gegenüber der Französischen Revolution und in der Tradition der 1899 ent-

standenen «Action française», die den Sturz der Republik und die Wiedererrichtung der Monarchie betrieb. 1936 wurde sie von der Volksfrontregierung in Frankreich verboten. Viele ihrer Anhänger unterstützten 1940 das Pétain-Regime (Vichy-Regierung) und die deutsche Besatzungsmacht. Sie wurden dafür nach der Befreiung als deren Kollaborateure zur Verantwortung gezogen. Ihre Ideen finden noch heute im rechtsextremen «Front National» ihren Niederschlag. Die Vatikaninsider Thomas und Morgan-Witts charakterisierten das als «religiösen Faschismus Lefebvrescher Prägung».1 Damit liegen die Piusbrüder ganz auf der Linie Pius XI. und XII., welche die Rettung vor dem Kommunismus im Faschismus sahen. In dieser Tradition pflegte Lefebvre auch entsprechende Beziehungen zum weiter bzw. wiedererstehenden Faschismus der Nachkriegszeit, so zu Front National-Chef Jean Marie Le Pen, über den sich auch der Generalobere

Gerhard Feldbauer, Dr. phil., *1933. Hat sich habilitiert in italienischer Geschichte. Freiberuflicher Publizist. Langjähriger Pressekorrespondent in Italien und Vietnam für die DDR-Nachrichtenagentur ADN. Zahlreiche Bücher, zuletzt bei PapyRossa: «Geschichte Italiens – Vom Risorgimento bis

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich. Auflage: 10 000 Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung, Postfach 2113, CH-4001 Basel Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32 Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander Redaktion: Franziska Genitsch, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander E-Mail: sfb@bluewin.ch

Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7 Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

der Bruderschaft, Bernard Fellay, an-

erkennend äusserte und für dessen

Neonazis er Gottesdienste zelebrierte.

und nach Pius X. (1903-1914) ge-

nannte Bruderschaft (FSSPX) steht

mit ihrem Hass auf Juden, Muslime

Homosexuelle und alle irgendwie Ab-

trünnigen offen auf dem rechts-

extremen Flügel des Katholizismus.

In Deutschland zählt sie etwa 500

Priester und mehr als Zehntausend

Katholiken. Weltweit werden mehrere

Hunderttausend Anhänger geschätzt,

in 30 Ländern feste Niederlassungen

gezählt. Die Zentrale des FSSPX be-

findet sich in der Schweiz. Lefebvre

trat auf dem II. Vatikanischen Konzil

(1962–1965) gegen die von Johannes

XXIII. (1958-1963) angestrebte vor-

sichtige Anpassung der katholischen

Kirche an die neuzeitliche Entwick-

lung auf und lehnte die dazu gefassten

Widerspruchslos konnte beispiels-

weise der Priester Jean Madiran 1995

für den bekannten französischen Kol-

laborateur der deutschen Besatzungs-

macht, den Schriftsteller Robert

Brasillach, eine Gedenkfeier abhal-

ten. Brasillach war als Generalkom-

missar für Filmwesen in der Vichy-

Regierung 1945 zum Tode verurteilt

und hingerichtet worden. Ebenso ver-

hielt es sich mit dem Pfarrer der Kir-

che Saint Nicolas du Chardonnet in

Paris, dem ehemaligen Lefebvre-

Priester Philippe Laguérie, der für den

antisemitischen Chef der Miliz,

zuletzt Missionschef im Staatssekre-

tariat der Petain-Regierung, Paul

Touvier, ein Requiem hielt. Touvier,

der zahlreiche Widerstandskämpfer

aufs Schafott oder in Konzentrations-

lager brachte, darunter viele Juden,

wurde 1994 zu einer lebenslangen

Haftstrafe verurteilt, während der er

1996 verstarb. Laguérie hatte 1987

auch Le Pen offen verteidigt, als die-

ser - ganz wie Richard Williamson -

behauptete, es habe keine Gaskam-

mern gegeben. Die Liste der klerikal-

faschistischen Freundeskreisen zuzu-

rechnenden Personen, zu denen Kar-

dinal Ratzinger bereits vor seiner

Wahl zum Pontifex enge Beziehungen

unterhielt, ist viel länger, als hier an-

Gegen die Rehabilitierung der

Piusbrüder gab es starke Proteste. Der

Ehrenpräsident der Europäischen Ge-

sellschaft für katholische Theologie,

Prof. Peter Hünermann, sprach von ei-

nem «skandalösen Amtsmissbrauch»

des Papstes. In Münster, wo Prof.

Ratzinger einst lehrte, unterschrieb

fast die gesamte katholische Fakultät

eine scharfe Protestnote. Der Jesui-

tenpater Klaus Mertes, Leiter der

Gedenkkirche für die Opfer des Nazi-

regimes «Maria Regina Martyrum» in

Berlin Charlottenburg, äusserte sich

entsetzt über seinen Papst. Der Kölner

Katholik Markus Reinhard trat mit

seiner Frau und vier Schwestern aus

der Kirche aus. Von seiner Familie

wurden in Auschwitz 15 Angehörige

Die bayerischen Bischöfe bekunde-

ten dagegen Benedikt ihre «unver-

brüchliche Solidarität.» Seinem Papst

Schützenhilfe leistete auch der

umgebracht.

Beschlüsse ab.

Requiems für

Rechtsextreme

Die von Lefebvre 1970 gegründete

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann man helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis ____ Exemplare «UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an: SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Vorname:	Vorname:	me:				
----------	----------	-----	--	--	--	--

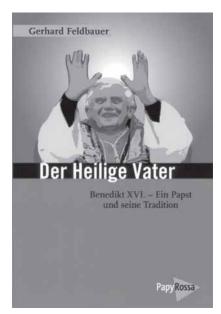


Augsburger Militärbischof Walter Mixa. Während der Osterzeit gab er auf einer CSU-Veranstaltung von sich, eine Gesellschaft ohne Gott sei die Hölle auf Erden.2 Vorher hatte er die Zahl der Abtreibungen mit dem Holocaust verglichen. Mixa bedankt sich damit für die besondere Aufmerksamkeit, die Benedikt der Militärseelsorge widmet. Erst kürzlich zeichnete der den Militär-Generalvikar und Leiter des katholischen Militärbischofsamtes Berlin, Prälat Walter Wakenhut, und General Jan Oerding mit einem hohen Orden des Kirchenstaates aus indem er beide zu Rittern des Silvesterordens erhob. Mit Oerding ehrte er einen Militär, der sich als Befehlshaber des Kommandos der operativen Führung der Eingreifkräfte der Bundeswehr bis Ende 2008 um deren weltweiten Einsatz

besonders verdient machte. Inzwischen starteten die Piusbrüder gegen Rom eine neue Provokation. Im Juni 2009 weihten sie in den USA 13 Priester, weitere Weihen folgten in Zaitzkofen (Bayern) und Econe/ Willis (Schweiz). Neue sind angekündigt. Nach Kirchenrecht hätte dem automatisch die sofortige Exkommunikation folgen müssen. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Zollitsch, kritisierte die Weihen jedoch nur als «Affront gegen die Einheit der Kirche». Ungerührt davon begannen im Vatikan danach offizielle Verhandlungen mit der Bruderschaft, um sie in die Gemeinschaft der katholische Kirche zurückzufüh-

¹ Gordon Thomas/Max Morgan-Witts: Der Vatikan. Mechanismen kirchlicher Macht. Zürich 1984.

² Mixa knüpfte an Ratzingers Buch «Werte in Zeiten des Umbruchs», (Freiburg 2005) an, in dem dieser einen Staat ohne Christentum «eine Räuberbande» nannte. Das gerät schon in die Nähe der «Schurkenstaaten» von Ex-Präsident Bush und seiner «Achse des Bösen». Damit passt Benedikts klerikale zu einer imperialistischen Offensive, ja ordnet sich in diese ein.



Gerhard Feldbauer, **Der Heilige Vater**, Benedikt XVI.: Ein Papst und seine Tradition, PapyRossa Verlag, Köln 2010, 209 S. Fr. 29.90

Das Urteil gegen Galileo Galilei, heisst es aus der Umgebung des Papstes, sei «in Ordnung» gewesen und die «Heilige Inquisition» eine «rationelle Veranstaltung». Aber auch Benedikt XVI., alias Joseph Alois Ratzinger, selbst positioniert sich eindeutig: Von der Seligsprechung geistlicher Anhänger des faschistischen Putsches in Spanien über seine Ausfälle gegen Protestanten und Moslems oder seine Unterstützung für Berlusconi bis zur Rehabilitierung der Piusbrüder mit ihren zweideutigen Verlautbarungen etwa zum Holocaust. Flexibel in der Form, bisweilen leutselig im Ton, knüpft er an eine altbewährte Tradition der Kurie an. In Deutschland mag dafür das Konkordat von 1933 mit Hitler stehen, in Italien die Allianz mit Mussolini. Oder die Verstrickung von Opus Dei in das Mordkomplott gegen Aldo Moro. Das flüssig zu lesende, mit einem ausführlichen Literaturverzeichnis gut dokumentierte Buch von Gerhard Feldbauer bietet einen Einblick in diese politischen und historischen Zusammenhänge und macht deutlich, dass Benedikt XVI. eine geistige Gegenoffensive fortsetzt, die auf ein Rollback gegen die Aufklärung und die irdische Emanzipation des Menschen abstellt.



Der weltbekannte Schweizer Künstler Hans Erni, dessen 100. Geburtstag wir im vergangenen Jahr feiern konnten, schuf diese Friedenstauben 1960 als Hommage an die Friedensbewegung. Die original Farblithographie ist im Stein signiert und wurde in 125 numerierten Exemplaren auf Arches-Velin gedruckt. Wir konnten uns nochmals zehn Exemplare des 56 x 76 cm grossen Werkes Ernis, das er dem französischen Mouvement de la Paix zur Verfügung stellte, beschaffen und geben sie zum Preis von je Fr. 150.– plus Porto gerne weiter. Berücksichtigung nach Bestellungseingang bei der Schweizerischen Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, 4001 Basel